

**politicum**

**Josef Krainer Haus  
Schriften**

**Modell Steiermark  
in Diskussion**

**3**



## MITARBEITER DIESER NUMMER

Dr. Hans BINSWANGER  
Universitätsprofessor für Nationalökonomie an der Hochschule St. Gallen, Schweiz

Dr. Rudolf BRETSCHNEIDER  
Geschäftsführer des Institutes für Markt- und Meinungsforschung, FESSEL + GfK

Dr. Johann EDER  
Assistent am Hygiene-Institut der Universität Graz

Dipl.-Ing. Franz FASCHINGER  
Geschäftsführer der Diözesankommision für Welt-Kirche und Entwicklung

Detlef HARBICH  
Chefredakteur der „Südost-Tagespost“

Dipl.-Ing. Heiner HERZOG  
Leiter der Abteilung „Bildung“ in der Landwirtschaftskammer, Graz

Dr. Gerhard HIRSCHMANN  
Geschäftsführer des Modell Steiermark

Herwig HÖSELE  
Pressereferent der ÖVP Steiermark

Dr. Lindi KALNOKY  
Geschäftsführerin der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz

Dkfm. Dr. Herbert KRAUS  
Universitätsprofessor an der Universität Graz und wissenschaftlicher Direktor der Österreichischen Akademie für Führungskräfte, Graz

Dipl.-Ing. Herbert PAIERL  
Institut für Umweltforschung, Graz

Dr. Manfred PRISCHING  
Universitätsassistent am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Graz

Dr. Bernd SCHILCHER  
Landtagsabgeordneter, Universitätsprofessor am Institut für bürgerliches Recht, Graz

Dr. Stefan SCHLEICHER  
Universitätsprofessor am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Graz

Dipl.-Ing. Dieter SCHOELLER  
Landesgeschäftsführer des Steirischen Volksbildungswerkes

## AUS DEM INHALT

Gerhard Hirschmann Modell Steiermark — Steirische Reform-Kost aus Herz und Hirn	5
Herwig Hösele Der Polit-Wecker rasselt weiter	6
Herbert Paiel und Dieter Schoeller Alternativen — vom Programm zur Aktion	8
Herbert Kraus Das Unbehagen des Bürgers an der Bürokratie	10
Lindi Kalnoky Grau in Grau: Nur „Wohnungsfrau“?	13
Heiner Herzog Kompetenzüberschreitung in Sachen „Frauenthema“	15
Franz Faschinger Internationale Verantwortung — ein neuer Anlauf	16
Manfred Prisching und Stefan Schleicher Die Frage nach unserer „Energiezukunft“	18
Johann Eder Konfliktfeld Steirische Umweltpolitik	20
Rudolf Bretschneider Neue Selbständigkeit	22
Hans Binswanger Wege aus der Wohlstandsfall	26
ad Rote Markierungen II: Detlef Harbich Ein Dokument der Ratlosigkeit	33
Bernd Schilcher Merk's ÖVP	35
Literaricum: Sterz stellt sich vor	37
Ex libris politicis	41

## politicum

Herausgeber: Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Redaktion: Dr. Gerhard Hirschmann

Eigentümer und Verleger: ÖVP Steiermark, für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Kapfer, alle 8045 Graz, Pfeifferhofweg 28

Grafische Gestaltung: Georg Schmid

Druck: Styria, Graz, Schönaugasse 64

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus, Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz



„politicum“ versteht sich als Zeitschrift, die die offene Diskussion pflegt. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen daher nicht mit dem offiziellen Standpunkt der steirischen Volkspartei oder mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen. Sie geben die Auffassung des Autors wieder. Unverlangte Manuskripte werden gerne entgegengenommen, denn „politicum“ lebt von der vielseitigen Diskussion und lädt dazu ein. Wir können für solche Manuskripte, die etwa 3 bis 10 Maschinschreibseiten Länge aufweisen sollen, und ihre Rücksendung allerdings keine Gewähr übernehmen.



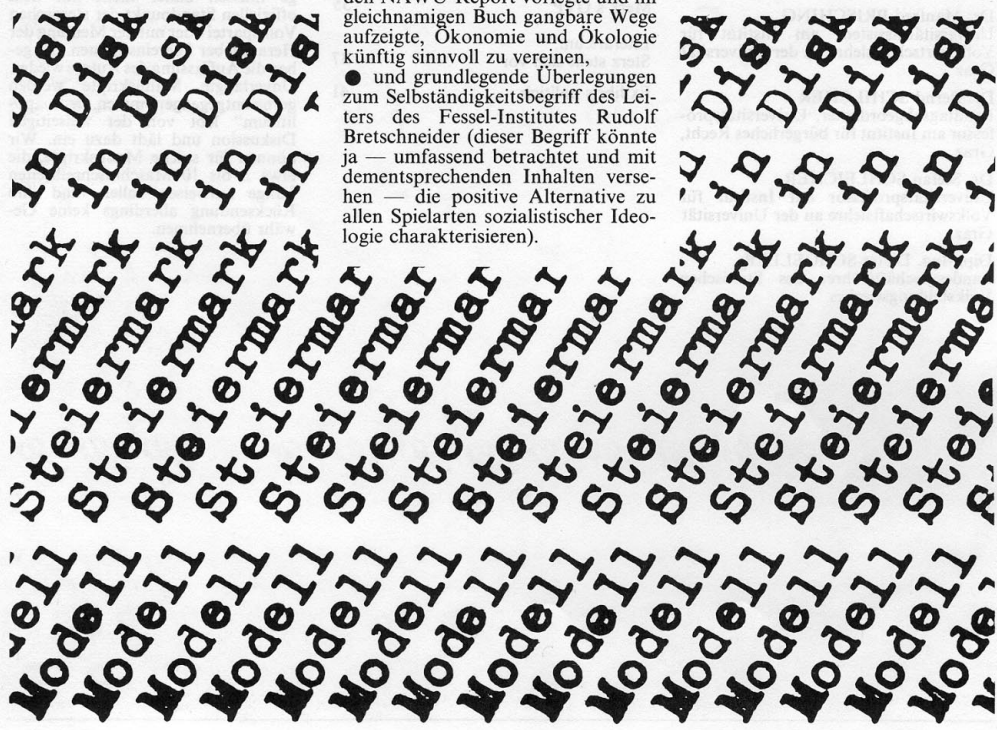
**E**in Medium dieser vorurteilsfreien, anregenden Diskussion ist auch die zu Jahresbeginn ins Leben gerufene Zeitschrift des Josef-Krainer-Hauses „politicum“. Hier werden einerseits Arbeitsergebnisse dokumentiert, aber andererseits insbesondere auch Überlegungen zu brisanten neuen Themen geäußert. Mit „politicum“ kann es künftig auch gelingen, einem bundesweit oft beklagten Mangel an offenen theoretischen Informationsorganen (unserer Partei) Abhilfe zu schaffen. Vor allem in der Arbeit im Josef-Krainer-Haus und im „politicum“ werden viele junge kritische Geister positiv wirksam, die auch über unsere neue Modell-Steiermark-Initiative für die programmatische und politische Arbeit unseres Landes eine wesentliche Bereicherung sind.“ Diese Aussage von Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl anlässlich der festlichen Eröffnung des großzügigen Erweiterungs- und Neubaus des Bildungszentrums Josef-Krainer-Haus haben wir nicht nur des Lobes wegen zitiert, das wir natürlich gern hören und das uns Verpflichtung ist, sondern vor allem auch, weil sie zugleich eine Brücke zu „politicum 3“ darstellt.

In dieser Ausgabe sind Beiträge von verantwortlichen Denkern dieser neuen großen programmatischen Modell-Steiermark-Initiative abgedruckt. Es handelt sich hierbei nicht um einen repräsentativen Querschnitt, wohl aber um einen Ausschnitt aus dem Geist, der diese wohl ungewöhnlichsten und zugleich konsequentesten Grundlagen- und Programmarbeit Österreichs prägt (zu seiner Philosophie: siehe den Artikel des Modell-Steiermark-Geschäftsführers Dr. Gerhard Hirschmann). Es wird Einblick gegeben in die Ideenwerkstatt des Modells Steiermark, in die Art und Weise der Diskussion und Aktivität, in die Gedanken und Überlegungen, in die Anläufe zu neuen politischen Theorien für die achtziger Jahre und ihre Umsetzung in die Praxis. Diese Gessinnung der neuen Modell-Steiermark-Initiative wird auch laufend in Fachenqueten sichtbar. Es ist daher konsequent, auch zwei wichtige Referate von Gastreferenten dieser Enqueten abzudrucken, die das Modell Steiermark mit bereichernden Überlegungen konfrontierten:

- die „Wege aus der Wohlstandsfalle“ des bedeutenden Schweizer Nationalökonom Binswanger, der den NAWU-Report vorlegte und im gleichnamigen Buch gangbare Wege aufzeigte, Ökonomie und Ökologie künftig sinnvoll zu vereinen,
- und grundlegende Überlegungen zum Selbständigkeitsbegriff des Leiters des Fessel-Institutes Rudolf Bretschneider (dieser Begriff könnte ja — umfassend betrachtet und mit dementsprechenden Inhalten versehen — die positive Alternative zu allen Spielarten sozialistischer Ideologie charakterisieren).

In den diesmal recht ausführlichen Buchbesprechungen ist folgerichtig ebenfalls ein starker Akzent auf die Untersuchung eines „Modells“ gelegt, das allerdings wesentlich fragwürdigere Resultate brachte — des österreichischen Modells der Sozialdemokratie. Zum zehnjährigen Alleinregierungs- und Hauptverantwortungsjubiläum Bruno Kreiskys legte Heinz Fischer als Herausgeber neue „rote Markierungen“ vor. Professor Bernd Schilcher, zu Recht immer wieder als einer der Chefdenker der Volkspartei apostrophiert, und der Chefredakteur der Südost Tagespost, Detlef Harbich — bekannt als brillanter Leitartikler und Essayist —, analysieren diese Markierungen.

„Literaricum“ wiederum präsentiert ebenfalls ein eigenständiges Modell, und zwar aus der steirischen Kulturszene. Die Deutschlandsberger Gruppe „Sterz“ stellt sich auf vier selbstgestalteten Seiten vor. Abschließend ein Hinweis auf das Herbstprogramm von „politicum“, im September die Nummer „Arbeit“, zum Nationalfeiertag eine „Zeitschichtennummer“ und um Weihnachten eine Ausgabe, die die Kommunikation zum Thema hat.





**Diskussion**  
**in Diskussion**  
**mark**  
**Steiermark**  
**Modell**



# Die neuen Modell-Steiermark-Arbeitskreise

## 1 „ARBEITSPLATZ“

Vorsitzender:

Kammerrat Paul Burgstaller  
Angestelltenbetriebsrat und Vorsitzender der  
Arbeitsgemeinschaft verstaatlichte Industrie  
Berichterstatte:r  
Univ.-Ass. Mag. Dr. Franz  
Bekerle  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz

## 2 „INVESTITIONSPOLITIK“

Vorsitzender:

Univ.-Prof. Dr. Gunther Tichy  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz  
Berichterstatte:r  
Univ.-Ass. Mag. Dr. Michael  
Steiner  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz

## 3 „LÄNDLICHER RAUM“

Vorsitzender:

Vizeprä.s. Bgm. Rupert  
Buchberger  
Berichterstatte:r  
Landessekretär Hermann  
Schützenhöfer  
Österr. Arbeiter- und Angestelltenbund

## 4 „NEUE SELBSTÄNDIGKEIT“

Vorsitzender:

LABg. Dr. Friedrich Pfohl  
Berichterstatte:r  
Dir. Dr. Christian Sednitzky  
Bundesgeschäftsführer des Management Clubs

## 5 „DIE SOZIALE TAT“

Vorsitzender:

Bundesrat Waltraud Klasnic  
Berichterstatte:r  
Dipl.-Ing. Helmut Strobl

## 6 „GESUNDHEITSVORSORGE“

Vorsitzender:

Univ.-Doz. Dr. Karl  
Harnoncourt  
Vorstand der II. Med. Abteilung des LKH Graz  
Berichterstatte:r  
Dr. Alois Baumann  
Leitender Chefarzt-Stellv. der Gebietskranken-  
kasse Graz

## 7 „ALTERNATIVE LEBENSFORMEN“

Vorsitzender:

Dipl.-Ing. Dieter Schoeller  
Berichterstatte:r  
Dipl.-Ing. Herbert Paierl  
Institut für Umweltforschung

## 8 „INTERNATIONALE VERANTWORTUNG“

Vorsitzender:

LABg. Univ.-Prof. Dr. Bernd  
Schilcher  
Berichterstatte:r  
Dipl.-Ing. Franz Faschinger  
Diözesankommission für Weltkirche und Ent-  
wicklung

## 9 „DEMOKRATIEREFORM“

Vorsitzender:

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mantl  
Institut für öffentliches Recht, Politikwissen-  
schaft und Verwaltungslehre  
Berichterstatte:r  
Dr. Gerd Novak  
IMUD — Institut für Meinungsforschung und  
Demoskopie in Graz

## 10 „BÜRGER UND BÜROKRATIE“

Vorsitzender:

Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Herbert  
Kraus  
Wissenschaftlicher Direktor der Österreichischen  
Akademie für Führungskräfte, Universität Graz  
Berichterstatte:r  
Dr. Gerhard Unger  
Büro für Bürgerinitiativen der Stadt Graz

## 11 „DER UMGANG MIT DER ENERGIE“

Vorsitzender:

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Stefan  
Schleicher  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz  
Berichterstatte:r  
Univ.-Ass. Mag. Dr. Manfred  
Prisching  
Institut für Volkswirtschaftslehre und Volks-  
wirtschaftspolitik, Universität Graz

## 12 „BAUEN UND WOHNEN“

Vorsitzender:

LABg. W. Hofrat Dipl.-Ing.  
Hermann Schaller  
Berichterstatte:r  
Dipl.-Ing. Dr. Wolfdieter  
Dreibholz  
Architekt

## 13 „VERKEHR“

Vorsitzender:

LABg. Gen.-Dir. Dr. Helmut  
Heidinger  
Berichterstatte:r  
cand. Ing. Manfred Uttenthaler  
Technische Universität Graz

## 14 „UMWELT“

Vorsitzender:

LABg. Johanna Jamnegg  
Berichterstatte:r  
Dr. Hans Eder  
Hygiene-Institut der Universität Graz

## 15 „KUNST UND KÜNSTLER“

Vorsitzender:

Günther Waldorf  
Berichterstatte:r  
Dr. Heimo Steps  
Leiter des Afro-Asiatischen Instituts in Graz

## 16 „LEHR- UND LERN- INHALTE“

Vorsitzender:

Präs. Hofrat Dr. Eduard Moser  
Berichterstatte:r  
Dr. Anneliese Frantsits  
Professor für Humanwissenschaft und Sonder-  
pädagogik an der Pädagogischen Akademie  
Graz

## 17 „FRAUEN IN FAMILIE UND BERUF“

Vorsitzender:

Dr. Lindi Kalnoky  
Geschäftsführerin der Steirischen Gesellschaft  
für Gesundheitsschutz  
Berichterstatte:r  
Dipl.-Ing. Heinrich W. Herzog  
Abteilungsleiter für Bildung und Kultur in der  
Land- und Forstwirtschaftskammer Graz

## 18 „ALTER UND GESELLSCHAFT“

Vorsitzender:

LABg. W. Hofrat Prim. DDr. Gerd  
Stepantschitz  
Berichterstatte:r  
Dir. Dr. Erna Hansemann  
Leiterin der Akademie für Sozialarbeit in Graz

## 19 „JUGEND UND POLITIK“

Vorsitzender:

Dr. Alfred Grinschgl  
Landesobmann-Stellvertreter der Jungen ÖVP  
Steiermark  
Berichterstatte:r  
Red. Herwig Hösele

## 20 „SPORT“

Vorsitzender:

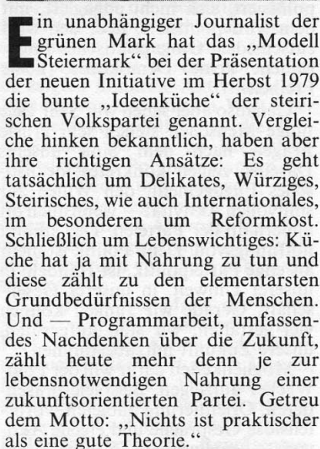
Vzbgm. Dipl.-Ing. Franz Hasiba  
Berichterstatte:r  
Prof. Josef Mundigler  
Pädagogische Akademie in Graz

## 21 „LEBEN IN GEMEINSCHAFT“

Vorsitzender:

Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr.  
Hanns Koren  
Berichterstatte:r  
Dipl.-Ing. Fritz Breitfuß  
Wirtschaftsleiter der Katholischen Hochschul-  
gemeinde in Graz





**E**in unabhängiger Journalist der grünen Mark hat das „Modell Steiermark“ bei der Präsentation der neuen Initiative im Herbst 1979 die bunte „Ideenküche“ der steirischen Volkspartei genannt. Vergleiche hinken bekanntlich, haben aber ihre richtigen Ansätze: Es geht tatsächlich um Delikates, Würziges, Steirisches, wie auch Internationales, im besonderen um Reformkost. Schließlich um Lebenswichtiges: Küche hat ja mit Nahrung zu tun und diese zählt zu den elementarsten Grundbedürfnissen der Menschen. Und – Programmarbeit, umfassendes Nachdenken über die Zukunft, zählt heute mehr denn je zur lebensnotwendigen Nahrung einer zukunftsorientierten Partei. Getreu dem Motto: „Nichts ist praktischer als eine gute Theorie.“

Hier sei gleich eine historische Einblendung gestattet. Das „Modell Steiermark“ ist nicht erst ein Kind unserer Tage, entstanden inmitten der langen Schlange der Computermodelle, in der Folge der ersten Schock-Reports des „Club of Rome“. Es waren die heute schon als goldenes Zeitalter anmutenden 60er Jahre, die den damaligen steirischen Landeshauptmann, Josef Krainer, etwas stützten machten. Und einmal mehr gelang den Steirern mit der Installation des „Modells Steiermark“ eine Pioniertat, die weit über unsere Grenzen Beachtung und schließlich auch mehr oder weniger gelungene Imitationen gefunden hat. Als nämlich nach mehrjähriger intensiver Denk- und Diskussionsarbeit im Jahre 1972 unter dem Nachfolger Krainers, Landeshauptmann Friedrich Niederl, die Ergebnisse dieses Modells der Öffentlichkeit präsentiert worden waren, war die Überraschung eine doppelte:

Erstmals hatte eine Landespartei ein umfassendes Programm ihrer politischen Zukunftsvorstellung vorgelegt und zum zweiten war dieses Programm nicht für einen billigen Wählerfang gerade für eine bevorstehende Wahl ausgelegt, sondern es war als politisches Langzeitprogramm für die gesamten 70er Jahre konzipiert.

Einblendung Nr. 2: die fatale Wechselbeziehung Programm/Schublade. Also die berechtigte Frage „Was soll's?“ Unzählige Protokolle des steirischen Landtages sind unbestechliche Zeugen davon, wie sehr das „Modell Steiermark“-Gedankengut die politische Arbeit in der Steiermark im vergangenen Jahrzehnt geprägt hat. Ein umfangreicher „Modell-Steiermark“-Bericht konnte bereits im Jahre 1976 die — immer wieder zu Recht geforderte — Umsetzung in die Tat nachweisen.

Zugegeben, das eine oder andere an Forderungen und Zielen konnte der Konfrontation mit der Realität (noch) nicht standhalten. Die Zukunft bringt eben vieles anders, als man sich das so mit dem Bleistift in

der Hand hin und wieder vorstellt. Denken wir beispielsweise nur an den Bereich der Energie oder des wirtschaftlichen Wachstums insgesamt, hier sind uns gerade in den letzten Jahren so manche Schuppen von den Augen gefallen. Auf ein völlig neues Lebensgefühl in all seinen Facetten und Schattierungen sei hier nur andeutungsweise hingewiesen.

Gerade in dieser veränderten Problemsicht war es nur konsequent, daß im Herbst 1979 Landeshauptmann Friedrich Niederl und der geschäftsführende Parteibmann, Josef Krainer, den Startschuß zu einer großen „Modell-Steiermark“-Initiative für die 80er Jahre gaben. Seither werden in 21 Arbeitskreisen (Sie finden die Themenstellungen und die Namen der Vorsitzenden und Berichterster nebenan abgedruckt) alle für unser Land wichtigen Fragen erörtert und mutige, vielfach wohl sehr unbequeme Forderungen formuliert.

Einblendung Nr. 3 erweist sich jetzt unumgänglich: Die mehr als 400 ständigen Mitarbeiter in diesen 21 Arbeitsgruppen sind durchaus mehr als nur ein Signal der Offenheit der steirischen Volkspartei. Mehr als die Hälfte dieser großen Mitarbeiterzahl sind weder Funktionäre noch Mitglieder der Volkspartei. Sie garantieren ein gnadenloses Denken und Diskutieren ohne Ärmelschoner. Es befinden sich darunter einige der besten Vertreter der steirischen Hochschulen, ebenso wie viele sogenannte „einfache Menschen“, Betroffene, Junge, Alte, Frauen, Arbeiter, Bauern, Grüne, Konservative, Fortschrittliche — schlicht das Spiegelbild der Struktur unserer Gesellschaft. Dies ist gerade deshalb

des steirischen Landtages sind unbestechliche Zeugen davon, wie sehr das „Modell Steiermark“-Gedankenwerkzeug die politische Arbeit in der Steiermark im vergangenen Jahrzehnt geprägt hat. Ein umfangreicher „Modell-Steiermark“-Bericht konnte bereits im Jahre 1976 die – immer wieder zu Recht geforderte – Umsetzung in die Tat nachweisen. Zugegeben, das eine oder andere an Forderungen und Zielen konnte der Konfrontation mit der Realität (noch) nicht standhalten. Die Zukunft bringt eben vieles anders, als man sich das so mit dem Bleistift in



16

● Zornig schrieb ein steirischer Entwicklungshelfer, Rainer Tomaselli, aus Brasilien: „Wer eigentlich Entwicklungshilfe leistet, sind die Länder der Dritten Welt an Europa, durch billige Rohstoffe, Gewinnabzug, Ausbeutung in allen Schattierungen.“

Drei Gründe für den Arbeitskreis „Internationale Verantwortung“, als ersten Schwerpunkt die Förderung von „entwicklungspolitischer Bildungsarbeit“ zu wählen.

Die Ziele entwicklungspolitischer Bildungsarbeit: auf breiter Ebene — in der Schule, im Gespräch mit Gewerbetreibenden, Arbeitern und Bauern — sollen Kenntnisse über die Welt und insbesondere über die Dritte Welt vermittelt werden.

Die eigenen Zukunftsvorstellungen und -hoffnungen sollen unter dem Aspekt einer globalen Entwicklung kritisch überlegt werden.

Sie sollen auch in Beziehung zu den Zukunftschancen der Menschen in den Entwicklungsländern gesetzt und möglicherweise auch abgeändert werden. Der einzelne und Interessensverbände sollen fähig sein, aus einem globalen Zusammenhang heraus zu denken.

Aus globaler Sicht wird in diesen Wochen in Österreich für Atomstrom argumentiert: nur Kernenergie bei uns ermögliche den armen Ländern im Süden die nötige Industrialisierung mit dem dann billigen Erdöl.

Atomstrom bei uns hilft der  
Dritten Welt! Darf man solcher —  
noch dazu so plötzlich erwachter —  
Nächstenliebe trauen?

Neben der Frage nach der Glaubwürdigkeit eines Ölverzichts im noch immer verschwenderischen Norden wäre auch die Frage nach der sachlichen Richtigkeit des Arguments noch zu beantworten.

Freilich: Maßhalten kann ein Akt der Solidarität sein. Aber: Ist den ärmsten Bevölkerungsschichten mit der herkömmlichen Industrialisierungswelle geholfen? Gibt es nicht bessere Wege für arme Entwicklungsländer und für uns?

Damit zum Beispiel befaßt sich entwicklungspolitische Bildung.

Für den wirtschaftlichen Bereich machte dem AK „Internationale Verantwortung“ als Gast Dr. Heinz Seitinger am Beispiel Sudan in sehr konkreter Weise deutlich, welche Überlegungen in Zukunft bei uns verstärkt werden müßten: Eine Hilfe für Entwicklungsländer wäre schon, wenn sie bei uns kaufen könnten, was sie wirklich kaufen möchten. „Kleine und intelligente Produkte aus dem kleinen und intelligenten Österreich“ — so lautete ein Motto.

Heute gibt es noch wenige Betriebe in Österreich, die im Hinblick auf Bedürfnisse von Entwicklungsländern produzieren. Intensive Informationsstätigkeit und Umdenken vor ausgesetzt, ist jedoch der Rückblick von Prof. Stefan Schleicher in die 80er Jahre (politicum 2) nicht mehr so märchenhaft: „Eine beachtliche Entwicklung hat die Krisenregion Aichfeld-Murboden genommen. Sie begann 1981 mit einem Experiment im ehemaligen VEW-Werk Judenburg. Nachdem Kooperationsversuche mit ausländischen Unternehmen fehlgeschlagen waren, starteten die Judenburger eine Eigeninitiative. Sie entdeckten in den Entwicklungsländern eine Marktlücke für sogenannte mittlere Technologie. Industrieerzeugnisse von der Art einfacher Pflüge und einfacher Biogasanlagen, die auf den Bedarf dieser Länder zugeschnitten waren und für die sich die vorhandenen Anlagen in Judenburg als sehr brauchbar erwiesen.“

Resümee dieser Überlegungen: Gemeinsam mit Fachleuten aus der Dritten Welt wären Geräte, Maschinen und landwirtschaftliche Geräte zu entwickeln, die den Bedürfnissen dieser Länder angemessener sind als unsere kapitalintensiven Methoden der Großtechnologie.

Sie würden auch eher zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (Arbeit, Bildung, Ernährung, vernünftige Wohnung, Mindestmaß an sozialer Sicherheit, Verhinderung von Slumbildung) dienen.

hat also mehr Arbeitsplätze zerstört als geschaffen — aber es gab wirtschaftliches Wachstum.“



Dieses Wort dieses bedeutenden Kulturpolitikers und Repräsentanten des steirischen Wesens an die Jugend war auch als bewußter Brückenschlag zwischen jung und alt — gleichsam als Symbol für die notwendige Synthese und das Zusammenwirken von Tradition und Fortschritt gedacht.

Im allgemeinen aber ist die gesamte „Modell Steiermark“-Initiative als ein großer Polit-Wecker zu verstehen. Denn Parteienverdrossenheit und Zukunftspessimismus sind zwar in der Jugend besonders stark, aber auch in der ganzen Bevölkerung vertreten.

Steiermark in Diskussion



Wir glauben an die Kreativität und Initiative des Menschen; es ist gefährlich und fatalistisch, positionskonservativ und manchmal sogar reaktionär, mit dem Hinweis auf die Kompliziertheit eines Problems den grundsätzlichen Mitgestaltungs- und Mitbestimmungswunsch des Bürgers zu unterbinden. Wir treten dafür ein, daß der demokratische Staat seine Lebensgrundlage, die Lern- und Diskussionsbereitschaft seiner Bürger und Gruppierungen durch das Offenhalten seiner Strukturen für möglichst selbständige Individuen verstärkt.

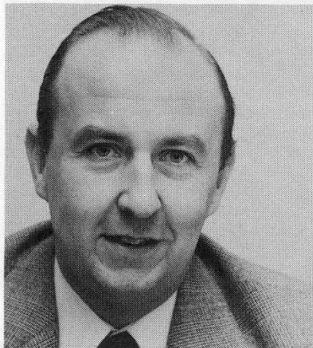
● und nicht zuletzt, das Schlagwort der „Politikverdrossenheit“ Lügen strafend, viele Bürger unseres Landes zur breiten Aktion aufzurufen.

denk allein er ist in der Lage, die hochkomplizierten Wechselbeziehungen unseres Daseins zu durchschauen und zu steuern.



9

# DAS UNBEHAGEN DES BÜRGERS AN DER BÜROKRATIE



**I**n immer stärkerem Maße wächst die Sensibilität des Bürgers in Hinblick auf jenen Teil der Gewaltentrennung, der als Exekutive bezeichnet wird. In den seltensten Fällen wird die Exekutive als eine Einheit der gewählten politischen Ebene und der auf Lebenszeit bestellten Beamtenebene gesehen. Der Staatsbürger, die Medien und vor allem auch eine Vielzahl politischer Funktionäre finden hier oft ungerechtfertigte Gruppierungen mit verschiedenen Interessensbündeln. So mancher politische Funktionär — selbst dann, wenn er aus der Beamtenebene aufgestiegen ist — zieht oft eine scharfe Trennlinie zwischen der politischen Arbeit der Ressortchefs und der nachhinkenden Beamtschaft, die ständig zu drängen ist. Auf der anderen Seite sehen engagierte Vertreter der Beamtschaft in der politischen Ebene eine Gruppierung wenig Informierter, die, nur auf die verfassungsmäßige Weisungsberechtigung gestützt, die organisatorischen Einheiten nicht in Einklang mit dem Legalitätsprinzip steuern.

Selbstverständlich sind beide Darstellungen Extremsituationen. Doch Ausnahmesituationen werden von unkritischen Betrachtern gerne zur Regel erklärt. Es hilft daher gar nichts, wenn die große breite Befundnahme zeigt, daß eine Vielzahl wohlfunktionierender Einheiten zwischen Politik und Verwaltung vorhanden ist, wenn immer wieder auf diese Extrem- und Ausnahmebeispiele in den Medien hingewiesen wird.

Seit Jahrhunderten ist der Begriff „Bürokratie“ in der Umgangssprache mit negativem Vorzeichen verbunden\*). In freier Übersetzung heißt Bürokratie nichts anderes als die Herrschaft des Büros, mit anderen Worten, die Herrschaft der an Schreibtischen Sitzenden. Wobei es hiebei zu einer gedanklichen Verschiebung kommt, weil jene, die an Schreibtischen sitzen und Büroarbeiten durchführen, scheinbar nicht die tatsächlichen Herrscher sind, sondern jene, die die Herrschaft anderer um- bzw. durchsetzen. Das ergibt bis heute jenes Spannungsverhältnis, welchem der Gedanke zugrunde liegt, daß die Schwierigkeiten, die ein Bürger hat, nicht vom eigentlichen „Herrscher“, sondern vom Herrschaftsvermittler stammen. Die Herrschaftsvermittler sind „die Beamten“ und somit der Sammelbegriff für einen der größten Berufsstände. Die Einheit von Beamten und Bürokratie ergibt in den Ohren vieler — bedauerlicherweise — den Begriff eines nur zur Verhinderung des Wohlbefindens des Staatsbürgers vorhandenen Berufstypus, der nur zur Selbstdarstellung ins Leben gerufen wurde. Mit großer Freude stürzen sich die Medien immer wieder auf die großen Zahlen der Bundes-, Landes-, und Gemeindebediensteten und verkünden im Sinne Kassandra: „Die Beamten fressen den Staat auf.“ Daraus ergibt sich in der Öffentlichkeit — auch bei politischen Funktionären — oft ein „Beinahe-Feindbild“, welches für vieles Übel im Staat verantwortlich gemacht wird. Diese Darstellung ist irreführend und unrichtig. Analysiert man die Hintergründe dieser unbedachten Äußerungen und stereotypen Meinungen, so ergeben sich viele neue Aspekte:

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß die geringste Zahl des kritisierten Monsterapparates „Beamte“ dem eigentlichen Zweck der Verwaltung, nämlich der Hoheitsverwaltung dient. Nur ein bescheidener Anteil von etwa 20% ist mit der Ordnungsverwaltung beschäftigt. Der sehr anscheinliche Rest besteht aus Spitalsbediensteten, Lehrern, Beschäftigten von öffentlichen Verb- bzw. Versorgungsunternehmen usw.

Die Leitlinie eines jeden Mitarbeiters im öffentlichen Dienst ist das Gesetz. Im Sinne des sogenannten „Legalitätsprinzips“ darf die öffentliche Verwaltung nur das tun, was durch die Gesetze präzise geregelt ist. Sehr viele der Verhaltensmuster sind daher nicht auf die Typologie der dort beschäftigten Menschen, sondern auf Umfang und Art der Gesetze zurückzuführen. Mit der flutähnlichen Übertragung von Aufgaben an den öffentlichen Bereich wächst natürlich zwangsweise auch die Vielzahl der damit verbundenen Gesetze. Das progressive Anwachsen der Gesetzesmaterie führt natürlich zu einer gewissen Undurchsichtigkeit und damit Unsicherheit für den Laien. Sicherlich ist daher eine der gegenwartsnahesten Forderungen, welche durch die Worte „Vereinfachter Zugang zum Recht“ geprägt wird, sehr notwendig. Dies wird jedoch durch die große Gesetzesmenge selbst verhindert. Durch die faktische und praktische Unmöglichkeit für Gesetzesinitiatoren, stets auf dem letzten Stand der Gesetzesentwicklung und vor allem der Gesetzesübersicht zu stehen, werden oft auch für bereits genormte Bereiche neue Gesetze beschlossen, wobei vorhandene Gesetze nicht immer eindeutig außer Kraft gesetzt werden. Dadurch ergibt sich eine sehr dichte Überlappung von Geboten und Verboten für den Staatsbürger. Auch die Handlungen der Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sind durch Gesetze geregelt. Die Verwaltung ist somit dadurch charakterisiert, daß sie in ein eisernes Korsett von Regelungen eingeschlossen ist. Praktisch seit der Existenz von Regelungen weiß man, daß mit einer Aktion „Vorschrift“ alles lahmgelegt werden kann. Bei der vollständig buchstabengetreuen Ausführung der Gesetze könnte das

\*) Büro (franz.) = Schreibtisch, Verwaltungsstelle;

Bürokratie = Herrschaft der Verwaltung, in der Umgangssprache = engstirnig, egherzig (DUDEN-Fremdwörterbuch)



öffentliche Leben bereits heute zum Erliegen kommen. Jeder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes weiß überdies noch ganz genau, daß er die volle Verantwortung dafür übernimmt, wenn er diese Regelungen auch nur „ganz gering“ verletzt.

Im einzelnen Gesetz selbst wird nicht immer viel Rücksicht auf die sogenannte „Bürgerfreundlichkeit“ im Vollzug genommen. Das bedeutet, daß es ohne weiteres möglich ist, daß ein solches Gesetz dem Geiste nach zur Förderung der Bürger beiträgt (verbesserte Wohnraumbeschaffung, Zinsenzuschüsse, soziale Förderungen usw.), jedoch im Durchführungsteil bürgerfeindlich ist (20 bis 30 Formulare; mehrfache Ausfüllung der gleichen Daten; Angabe von Daten, die für den Förderungsfall gar nicht relevant sind, usw.). Das bedeutet, daß man bei der Gesetzgestaltung zwei Sorten von Bürgerfreundlichkeit unterscheiden müßte: jene dem Inhalt nach und jene der äußeren Form nach. Die demokratische Willensbildung in einem Staat sichert zwar weitgehend die Bürgerfreundlichkeit dem Inhalt nach, jedoch kümmert sie sich kaum um die Bürgerfreundlichkeit der Form nach.

In der Regel wird nun die Bürokratie für 3 Arten des Versagens verantwortlich gemacht:

- a) für den Inhalt der Gesetze
- b) für die Form der Gesetze
- c) für das Gesprächsklima im Vollzug der Gesetze

Aus diesem Grunde werden in den letzten Jahrzehnten immer häufiger Verbesserungsforderungen aufgestellt. Eine Aufgabenstellung: „Verbesserung des Bürokratieverhaltens“ ist aber prinzipiell genauso zu sehen wie jedes Organisationsvorhaben. Ein Organisationsvorhaben muß in die Phasen:

- Zielsetzung
  - Aufgabenstellung
  - Bestandsaufnahme
  - Problemerkatalog
  - Lösungsalternativen
  - Auswahlprozeß
  - Einführung und Kontrolle
- gegliedert werden.

Betrachtet man aber die meisten Vorhaben, welche sich mit der Verbesserung der Beziehungen zwischen Bürger und Bürokratie beschäftigen, so stellt man überraschenderweise fest, daß eine der wichtigsten Phasen, nämlich eine echte und detaillierte Bestandsaufnahme, selten durchgeführt wird. Das führt letzt-

lich dazu, daß jeder für die Verbesserung dieser Beziehung Verantwortliche seine persönlichen Anliegen zum Anliegen der Gemeinschaft macht und daher in der Regel oft nur periphere Anliegen bewältigt werden. Das ist auch der Grund für die großen Schwierigkeiten, die bei der Koordination der daraus resultierenden Maßnahmen entstehen. Im Rahmen des Arbeitskreises „Bürger und Bürokratie“ des Modells Steiermark soll nun prinzipiell ein anderer Weg begangen werden. Durch ein auf statistische Methoden aufgebautes Verfahren soll es zu einer Bürgerbefragung kommen. Dem Bürger wird dadurch die Möglichkeit geboten, seine wesentlichen Wünsche, die zu einer Verbesserung der Beziehung zur Bürokratie führen, zu artikulieren. Dabei wird auch zu klären sein, was der Bürger eigentlich unter Bürokratie versteht: Versteht er darunter die Institutionen der Bundesverwaltung, der Landesverwaltung und der Gemeindeverwaltung oder werden in die Bürokratie auch Institutionen einbezogen, die eigentlich keine sind, z. B. Kammern, Post- und Telegraphenämter, Sparkassen, Banken usw. Zahlreiche Befundnahmen zeigen deutlich, daß nur wenige Bürger in der Lage sind, präzise Unterscheidungen zwischen den Institutionen des föderalistischen Rechtsstaates zu ziehen. Weiters ist es schwer möglich, die positiven Elemente der Beziehung zwischen Bürger und Bürokratie herauszukristallisieren, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß nur das in Erinnerung bleibt, was außerordentlich und was negativ war. Selbst eine breite Befragung wird daher unter dem Aspekt gesehen werden müssen, daß vorhandene Positiva kaum sichtbar sein werden. Die gestellten Fragen sollen aber trotzdem behilflich sein, realistisch änderbare Vorgangsweisen zu erfassen und zu lokalisieren. Um diese realistischen Bereiche etwas abzugrenzen, soll in der Folge beispielhaft auf einige Schwerpunkte der Befragung eingegangen werden.

Eine nützliche Organisationsmaßnahme des Kontaktes zwischen Bürger und Bürokratie ist die Gestaltung der Zeiten des Parteienverkehrs. Probleme treten insbesondere dort auf, wo die Zeiten nicht bekannt, zu kurz oder bei mehreren Institutionen, die gleichzeitig besucht werden, nicht koordiniert sind. Es ist vor allem für die Landbevölkerung nicht einsichtig, warum Bundes- und Landesinstitutionen ihre Sprechtage zu völlig verschiedenen Zeiten ansetzen, wodurch die Notwendigkeit entsteht, in der gleichen Angelegenheit, sofern sie mehrere Institutionen betrifft, an verschiedenen Tagen vorzusprechen. Auch die Festsetzung der Parteien-

verkehrszeiten selbst ist unter Berücksichtigung der Fahrpläne öffentlicher Verkehrsmittel, der notwendigen Parkplätze sowie der durchschnittlichen Anreisezeit von elementarer Bedeutung für den Bürger.

Immer häufiger wird auch die Chance einer telefonischen Erledigung gefordert. Abgesehen von der existenten Problematik, daß jede Vorsprache in irgendeiner Form schriftlich gesichert vorliegen soll, gibt es doch sicherlich trotzdem eine Vielzahl von Möglichkeiten, die einer telefonischen Erledigung zugänglich gemacht werden sollten. Besonders in all jenen Bereichen, wo es sich um eine unverbindliche Information bzw. eine Ergänzung von Unterlagen handelt, die nur Vollständigkeitscharakter haben.

Ein bedeutsamer Schwerpunkt der Reform der Beziehung von Bürger und Bürokratie liegt im Formularwesen. Hier trifft man auf das interessante Paradoxon, daß sich die meisten Menschen befähigt fühlen, ein Formular zu entwerfen, jedoch nur die wenigsten in der Lage sind, ein solches auszufüllen. Die meisten Formulare stellen ein lebendiges Bild der tagtäglichen Informationsproblematik dar. Neben der Tatsache, daß der Formularentwerfer in der Regel zu viel vom Ausfüllenden voraussetzt und nicht bereit ist, der angebotenen und angelernten Sprachwelt des Bürgers zu folgen, wird durch das wiederholte Ausfüllen, auch nicht benötigter Informationen, die Akzeptanzbereitschaft des Ausfüllenden stark beansprucht. Qualität und Quantität des Inhaltes und die notwendige Anzahl der Exemplare, die selten im Durchschreibeverfahren erstellt werden können, stellen daher ein breites Feld einer notwendigen „Benutzerforschung“ dar.



Ebenso umfangreich sehen die Informationsprobleme, ausgelöst durch die nicht oder nur in bescheidenem Maße vorhandenen Informationsstellen, aus. In diesem Bereich wären noch einige Verbesserungen möglich, die nicht nur dem Bürger, sondern auch der Verwaltung selbst helfen würden. Das primäre Anliegen ist das genaue Wissen über die Pflicht und das Recht, eine Behörde in Anspruch nehmen zu müssen oder zu können bzw. das Richtige über die Zuständigkeit für sein Anliegen zu erfahren. Jede Rückfrage bei einem Bereich, der nicht zuständig ist, ist ein spezifischer Störfaktor und führt auf der Seite des Bürgers bei mehrfacher Wiederholung zu fühlbaren Frustrationsercheinungen. Selbstverständlich wäre die Chance einer telefonischen Auskunft von besonderem Wert, vorzugsweise, wenn es sich um räumlich getrennte Institutionen handelt. Ein weiteres Informationsdefizit besteht in der Regel über die Anzahl und Art der beizubringenden Dokumente. In beispielgebender Form haben hier schon zahlreiche öffentliche Dienste Informationsschriften produziert, welche in anschaulicher Weise dem Bürger bei der Beibringung der Unterlagen behilflich sind. Die wichtigsten Bestimmungstücke einer solchen Informationsschrift sind:

- 12 — minimaler, jedoch aussagefähiger Inhalt
- visuelle Erschließung des Materials
- ausführliche Beispiele.

Ist die Zuständigkeit geklärt und sind die Unterlagen vollständig, so tritt ein weiteres Problem des Zugangs zur Behörde — die Wartezeit — als Störfaktor auf. Jede Art der Hilfestellung, wie Nummernverteilung, präzise Einladung (zu vorgegebenen Zeiten) usw., kann hier ohne größeren Aufwand für viele Bürger entlastend und auch positiv stimulierend wirken. Ist einmal aus organisatorischen Gründen die Wartenotwendigkeit nicht beseitigbar, so sollten zumindest durch ansprechende Raumgestaltung bzw. durch entsprechende Sitzgelegenheiten auch hier die Humanisierungsmöglichkeiten beachtet werden. Gerade die menschliche Seite des Kontaktes zwischen Bürger und Bürokratie hängt doch stark von der gegenseitigen Einstellung ab. Es muß den meisten Institutionen mit Nachdruck bescheinigt werden, daß die sogenannte „Amtskappmentalität“ im Verschwinden ist. Manchmal weicht sie sogar dem Gegenextrem, nämlich einer Art der Unterwürfigkeit, die sicherlich auch nicht zielführend sein wird. Trotzdem stellt sich heraus, daß weniger informierte Behördenmitarbeiter manchmal einiges an Freund-

lichkeit und Entgegenkommen vermissen lassen. Im Einzelfall wäre natürlich der Grund hierfür zu prüfen. In der Regel liegt die Schuld bei der obersten Behördenleitung, die es nicht der Mühe wert findet, die manchmal problematischen, an Schnittstellen befindlichen Mitarbeiter entsprechend zu informieren bzw. zu schulen. So werden Telefonisten oder Portiere sehr leicht zu „Imagekillern“ der Verwaltung, ohne daß sie hierbei eine subjektive Schuld trifft. Es wäre die Aufgabe der Schulung und Ausbildung, auf diese Probleme hinzuweisen und entsprechende Abhilfen anzubieten. Viele Institutionen der öffentlichen Verwaltung im In- und Ausland beschäftigt gerade dieses Problem. Es werden in zunehmendem Maße Umgangs- und Verhaltensregeln an die Mitarbeiter der Behörden herangetragen. Beispielgebend für viele solcher Bemühungen sind die sieben Regeln, die bereits im Dezember 1972 für den Umgang mit dem Bürger der Stadt Nürnberg publiziert wurden:

1. Behandeln Sie Ihre Mitbürger, so wie Sie selbst gerne behandelt werden würden.
  2. Sie sind ein Aushängeschild der Stadt.
  3. Der Ton macht die Musik.
  4. Nur wer zuhören kann, erfährt genau, worauf es ankommt.
  5. Spielen Sie Ihren Ärger nicht hoch.
  6. Ihr Briefstil ist Ihre Visitenkarte.
  7. Geschwindigkeit ist keine Hexerei.
- Diese sieben Regeln, die gut aufbereitet sind, erläutern und umfassen tatsächlich die wesentlichsten menschlichen Kontaktbereiche des täglichen Betriebes.

Viele solcher Bemühungen erreichen allerdings dann nicht ihr Ziel, wenn die Verteilung solcher Broschüren bzw. Informationsmaßnahmen bei den Führungskräften aufhört und gar nicht zu den Personen an den Schnittstellen gelangt. Ein Phänomen, das bedauerlicherweise öfters festzustellen ist.

Eines der wesentlichsten Anliegen des Bürgers soll zum Schluß genannt werden. Es ist das Ziel, welches mit der Vorsprache bzw. mit einem Antrag oder einer Eingabe erreicht werden soll. Durch vielfache Fehlinformationen, die in der Regel auch unwidersprochen bleiben, sind viele Bürger der Meinung, daß bei einem „Amt“ nur der etwas erreicht, der die entsprechende Protektion aufweist. Das führt dazu, daß völlig reguläre und schnell erledigbare Anliegen überhaupt nicht mehr über den Normalweg, sondern bereits vom Beginn an auf dem Interventionsweg eingebracht werden. Sehr zum Bedauern aller Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes kommt es dadurch zu spezifischen Kanalisierungen, welche dann jenen, die es gar nicht anders probiert haben, automatisch recht geben. Auf der anderen Seite ist sicherlich feststellbar, daß bedingt durch die oft sehr komplexen Materialien einerseits und durch den praktisch permanenten Personalmangel andererseits lange Erledigungszeiten in Kauf genommen werden müssen. Die vom Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) als Grundlage genommene Frist von 6 Monaten reicht daher oft nicht aus. Gleichzeitig stellen jedoch 6 Monate fast für jeden Antragsteller eine unzumutbare zeitliche Belastung dar. Das von vielen Behörden daher eingeführte Verfahren der Zwischenerledigung mit Bekanntgabe des Namens und der Telefonnummer des Sachbearbeiters ist geeignet, eine entsprechende Hilfe anzubieten. Vor allem die sofortige Nominierung des zuständigen Sachbearbeiters ist ein wertvoller Beitrag auf dem Weg, die Anonymität der Behörden, wenn nicht schon zu beseitigen, so doch sehr fühlbar zu mildern.

Ist ein Anliegen nicht im Sinne des Antragstellers erledigt worden, so sollte diese Ablehnung für den Antragsteller verständlich erläutert werden. Das umfassende Zitieren von Paragraphen und Absätzen der Gesetze und Verordnungen kann zwar für einen Experten von großer Bedeutung sein, für das Verständnis des Bürgers über das Warum der Ablehnung trägt es nur sehr selten bei. Eine gute Begründung wird einem Antragsteller die Gründe einsichtig, verständlich und vor allem glaubwürdig erscheinen lassen und er wird sehr selten bemüht sein, dagegen Einspruch zu erheben. Unverständliche Erläuterungen führen sehr schnell zur Behauptung einer Behördenwillkür und bringen oft einen verstärkten Druck im politischen Bereich mit sich.





Zu all dem kommt jedoch noch ein Phänomen, welches abschließend herausgestrichen werden sollte. Es ist dies die unvollständige Information. Der Bürger leidet an einem Informationsdefizit, das er weder durch Schulbesuch noch durch intensive Konfrontation mit den Informationsmedien beseitigen konnte bzw. kann. Die wunderschöne Formel „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“ beginnt sich im Spiegel der progressiv anwachsenden Gesetzesflut selbst in Frage zu stellen. Kaum ein Rechtsgelehrter ist in der Lage, sämtliche Regelungen aller Bereiche auch nur zu übersehen, und es ist daher praktisch eine für den Bürger unhaltbare Forderung, davon auszugehen, „daß man zu wissen hat“. Es müßte daher von allen positiven Kräften eines Staates, der politischen Ebene, der Beamtenschaft und in ganz besonderer Weise den Schulen und den Medien alles unternommen werden, dieses Informationsdefizit laufend zu mildern. Wie in vielen anderen Bereichen, so gilt auch hier das alte Sprichwort: „Man sollte den Tag nützen, es ist schon viel später, als wir alle denken.“

# Grau in Grau: Nur „Wohnungsfrau“?



Wir alle — und zwar zu jeder Zeit — befinden uns in einem Zustand des Schwimmens. Jede Vorhersage setzt voraus, daß es nicht anders kommt. **Wie** etwas wirklich war, dafür brauchen auch die Beobachter einen Abstand — den Kopf sozusagen über „Wasser“.

Wenn Frauenpolitik zu eng und ohne Zusammenhang gesehen wird, dann bekommt sie leicht etwas Kleinelches und Lächerliches. Als wenn alle Schwarzhaarigen und Langnasigen zur Bewältigung ihrer Probleme sich zusammenschließen würden. Sieht man Frauenpolitik aber als Teil einer Strömung von viel weittragenderer Bedeutung, dann muß sie jeden herausfordern, nachzudenken. Es scheint, daß in ihr eine viel bedeutungsvollere Frage für unsere Zukunft steckt, nämlich: „Hat der einzelne ein Recht auf eigenes, individuelles Leben?“

Gemeinschaft macht den Schwachen stark. Wird nun der Preis sein, daß es nur noch Gemeinschaftsschicksale gibt? Ein Preis, der nicht bezahlt werden muß und der inhuman ist, vorausgesetzt, daß der Mensch verschiedene Anlagen und Begabungen hat.

Im Arbeitskreis „Frau in Familie und Beruf“ des Modells Steiermark haben wir uns bemüht, Frauen nach Anlage und jeweiliger Lebensbedingung getrennt zu sehen und differenzierte Hilfen anzubieten. Das Bekenntnis der ÖVP zum Dezentralismus sollte hier das Bemühen erleichtern und unterstützen — denn Dezentralismus kann sich nicht nur auf Betriebe und Behörden beschränken — das Dezentralste ist der einzelne Mensch. Ein Bekenntnis zum Dezentralismus ist also auch ein Bekenntnis zum Versuch, den Menschen einzeln zu sehen.

Gelingt das nicht, so könnte zum Beispiel einem großen Teil von Frauen nicht geholfen werden. All die, welche Teilzeitarbeit wollen, um mehr Zeit für ihre Familie zu bekommen, oder diejenigen, die zusätzliche Aufgaben zur Familie haben wollen, müßten sich mit dem Argument abfinden, daß erst jenen Frauen geholfen werden müßte, die, um ihre Familie zu erhalten, arbeiten müssen. Mag das auch stimmen, hier sind zwei getrennte Probleme nicht auf einen Nenner zu bringen. Man könnte auch fragen: „Will man warten, bis auch dieser Prozentsatz an Frauen ganz hilfsbedürftig wird? Will man immer nur löschen, statt Brand zu verhüten?“

Es wäre doch denkbar, daß durch Teilzeitbeschäftigung Plätze frei werden bzw. halbe Plätze frei werden. I. Deutschland sagt ein öffentliches Institut sogar eine Verbesserung der Arbeitsplatzsituation voraus, falls vermehrte Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung geschaffen werden. Wie immer wir die Frauenpolitik betrachten, kommen wir nicht daran vorbei, sie gemeinsam mit der Familienpolitik zu sehen und ihr so auch einen bedeutend größeren Rahmen zuzugestehen.

Unser Arbeitskreis betrachtet es als seine Aufgabe, sowohl die Wichtigkeit der Frau in der Familie zu betonen als aber auch ihr Recht zu betonen, sich ihr Leben individuell zu gestalten.

Bleibt die Frau in der Familie, ist sie oft einem verallgemeinernden Anschauungsverzug ausgeliefert. Dieser kann sowohl von außen wie auch von innen kommen. „Hausfrauen gehören an den Herd“, „Hausfrauen verdammen“, das sind die sich widersprechenden Meinungen. Dabei wird mit dem Wort „Hausfrau“ recht leichtfertig umgegangen. Zu einer Hausfrau gehören sinngemäß ein Haus, ein Dachboden, ein Keller und vielleicht noch ein Garten. Die meisten Frauen aber heutzutage sind „Wohnungsfrauen“ mit bedeutend weniger Raum. So sollten wir ihnen doch zunächst geistige und seelische Erweiterungsbereiche zugestehen.

Familie ist keine biologische Konstante. Sie ist jedoch der natürlichste soziale Selbstversorgerkreis für den einzelnen Menschen. Jung und hilflos, alt und schwach oder krank, schutzbefürdigt oder beschützend, erneuernd, verändernd oder bedenkend erhalten, das alles sind Eigenschaften, die in einem gesunden Familienleben Platz haben und sich auf die Gegebenheiten der jeweiligen Zeit einpendeln.

Ähnlich den Reaktionen der Organe, die durch Antagonisten reguliert werden, lernt der einzelne sein Können und Wünschen in Wechselbeziehung zur Familie und somit zur Gesellschaft einzuordnen.

Man braucht nicht an Atomkatastrophen denken, um sich einen Schauer des Unbehagens über den Rücken laufen zu lassen. Schon der Anblick einer mehrstöckigen Bausiedlung in Verbindung mit Strom- und Wasserausfall ohne Nahrungsmitteltransport — eine Situation, die nichts Unmögliches an Vorstellungskraft voraussetzt — läßt einen ahnen, welcher Not der einzelne und welchen Depressionen er ausgesetzt sein könnte.

Zerstört man mit einer falsch gerichteten Frauenpolitik den Selbstversorgerkreis — Familie — dann wird der einzelne seelisch hilflos und verloren einem Mammutunternehmen sozialer Betreuung ausgeliefert sein und sich einsam fühlen.

Anders als beim Mann, der im Laufe der Entwicklung seinen Aufgabenbereich oft nur in einer räumlichen Verschiebung erlebt hat, steht die Frau im Zuge der industriellen Umwandlung oft einer völlig veränderten Situation gegenüber. Natürlich findet ein nicht kleiner Prozentsatz an Frauen selber eine Lösung, so manche aber glaubt zu tun, was immer schon Frauenspflicht war, mit einem undefinierbaren Ahnen, daß ihr etwas fehlt.

Unser Arbeitskreis will niemanden bevormunden, sondern nur dort Ratschläge oder Hinweise anbieten, wo sie gesucht werden. Vielleicht fehlt so mancher Frau in der heutigen Zeit nur die Anerkennung, daß kaum eine männliche Leistung mit der Erziehung junger Menschen vergleichbar ist. Vielleicht fehlt ihr nur die Bestätigung, wieviel Begabung und Wissen sie in der Familie einsetzen kann. Es kann aber auch sein, daß sie mehr braucht, als sie zu Hause findet, mehr Anregung, mehr Kontakt, mehr Geld, mehr Weiterbildung. Es wäre gesellschaftspolitisch unverantwortlich, stellte man sie bei dieser Entscheidung vor ein „Entweder-Oder“.

Der Arbeitskreis des Modells Steuermark versucht, Frauenpolitik in solche Dimensionen zu setzen, daß deren Problematik jedes Mitglied unserer Gesellschaft berührt. Er will den Frauen helfen, ihr Leben individuell gestalten zu können und durch Aufklärung und Mitarbeiter Möglichkeiten hierfür zu schaffen.

Ähnlich einem Modellkleid, sollen Frauen darin neue Möglichkeiten sehen und sie nach eigenem Belieben und Können für ihre Situation passend umwandeln.

Diskussion  
in Diskussion  
Steiermark  
Modell

# KOMPETENZÜBERSCHREITUNG IN SACHEN „FRAUENTHEMA“



**A**ls Mann über ein „Frauenthema“ zu schreiben, wird von vielen Frauen als Kompetenzüberschreitung empfunden werden. In einem Arbeitskreis des Modells Steiermark zum Thema: „Frau in Familie und Beruf“ mitzuarbeiten, ruft bei vielen „emanzipierten“ Männern verständnisloses Lächeln hervor.

Allzu leicht wird aber dabei übersehen, daß die Zukunft unserer Familien, des wirtschaftlichen Wohlstandes und eines menschenwürdigen Daseins entscheidend auch von den Frauen mitgetragen wird.

Die Diskussion über den Wert der Frau und über die Lösung ihrer Probleme kann nur unter Einbeziehung des Mannes als gemeinsames Anliegen von Mann und Frau erfolgreich geführt werden.

Es steht außer Diskussion,

- daß die Frauen das gleiche Recht auf Arbeit haben wie die Männer,
- daß Frauen grundsätzlich die gleichen Berufsmöglichkeiten haben müssen und
- daß z. B. Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie die Männer bekommen müssen.

Niemand wird den Frauen ihr Streben nach Anerkennung, Erfolg und sinnerfülltem Leben, ob im Beruf oder im Familienkreis, absprechen wollen.

Noch zu wenig wird aber die Rolle und die Verantwortung des Mannes in der Familie diskutiert.

Die Probleme unserer Gesellschaft verlagern sich aber zunehmend in soziale und psychisch personale Bereiche.

Psychosomatische Erkrankungen, Zunahme des Alkoholismus und der Drogensucht, hohe Scheidungsraten, sinkende Geburtenzahlen, steigende Abtreibungsziffern, Zunahme von Zerstörungswut und Aggression sind Zeichen, die ein Umdenken und ein Neubewerten erstrebenswerter Ziele unseres Lebens notwendig machen.

Vordergründige Scheinlösungen und emotional geführte Diskussionen ohne Hinterfragen der Ursachen bringen keine Lösungen der gegebenen Probleme, sondern führen nur zu einer weiteren Polarisierung von Gruppen und Standpunkten.

Häufig wird diese Konfrontationsdiskussion von jenen berufstätigen Frauen und sogenannten „Nurhausfrauen“ geführt, die die Zeit und Kraft haben, weil sie **entweder Beruf oder Familie leben**; aber auch von jenen Frauen, die aus persönlicher Enttäuschung, beruflichen Mißerfolgen oder falschem Ehrgeiz in dieser Auseinandersetzung „Selbstverwirklichung“ suchen, oder ist es eine Flucht aus der mangelnden Bereitschaft, die Nachteile einer stärkeren persönlichen Auseinandersetzung anzunehmen?

Die Gruppe von **Frauen mit Familie und Beruf** ist vielfach eine schweigende Mehrheit, weil sie durch die Doppelbelastung von Familie und Beruf überfordert ist.

Der Arbeitskreis beschäftigt sich daher vor allem mit dem Problem dieser Frauengruppe. Modelle und Lösungsvorschläge sollen Anreiz sein, daß die Betroffenen ihrer individuellen Arbeitsplatz- und Familiensituation entsprechend eigene Lösungen finden.

Einerseits glauben wir an die Notwendigkeit von vermehrten Selbsthilfeeaktivitäten, etwa über den Weg der Nachbarschaftshilfe und der Möglichkeiten, die sich im eigenen Familienverband ergeben.

Andererseits scheint es notwendig, daß auch in Österreich, einem internationalen Trend entsprechend, für Frauen mit Familie und Beruf mehr Möglichkeiten der Teilzeitarbeit in den verschiedensten Formen wahrgenommen werden können. In der Teilzeitarbeit liegt die Chance, daß Frauen und/oder Männer sich der Idee „Familie“ wieder mehr zuwenden können. Denn Familie als tragfähige kleine Gemeinschaft von Menschen wird an Bedeutung wieder gewinnen, weil in ihr Vertrauen und Geborgenheit erlebt werden können.

Zwei Grundbedürfnisse, die für jeden existentiell notwendig sind, um das Leben sinnvoll gestalten zu können. Viele Probleme unserer Gesellschaft werden damit wieder von ihren Ursachen her gelöst werden.

Die Einführung der Teilzeitarbeit verlangt ein gutes Konzept, damit Vor- und Nachteile für Betrieb und Beschäftigte klar abwägbare sind. Denn erst dann können die vorhandenen Vorurteile abgebaut und vermehrt Teilzeitarbeit angeboten und angenommen werden. Dem zunehmenden Wunsch vieler doppelbelasteter Frauen könnte dadurch entsprochen werden. Sie würden den Anforderungen des Betriebes wie der Familie leicht gerecht werden, wenn die Belastungen in einem ausgewogenem Verhältnis zueinander stünden und es weder zu einer physischen noch psychischen Überforderung kommt.

Für Frauen mit Familie und Beruf — besser Eltern mit Kindern und Familie, die sich auf Grund ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeiten für diese „Doppelbelastung“ entscheiden müssen — werden vermehrt Teilzeitarbeit und Mut zur Selbstinitiative verlangt.

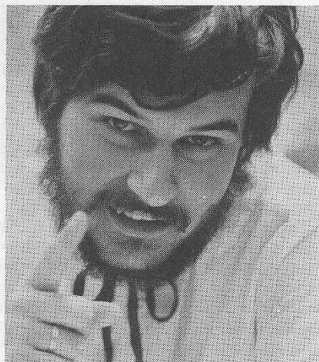
Die Chance für eine sinnvolle Gestaltung des Lebens haben sie damit, wenn Mann, Frau und Kinder aus dem Bewußtsein um ihre Zusammengehörigkeit und dem Miteinander leben.



Hier ist nicht der Platz, und es wäre verfrüht, schon heute über die Ergebnisse der gesamten Arbeit zu berichten. Diese werden etwa in einem Jahr der Öffentlichkeit präsentiert werden. So sind auch die nachstehenden Beiträge einiger „Modell-Steiermark“-Autoren nur als Momentaufnahmen aus der Arbeit und Problemblick einzelner Arbeitsgruppen zu verstehen. Wie überhaupt diese Arbeit niemals als abgeschlossen betrachtet werden kann. Das „Modell Steiermark“ versteht sich als Promotor für ständige Innovation. Kurz — als Stoff, aus dem die steirische Politik der 80er Jahre ist. Eine Anreicherung dieses Stoffes ist nicht nur erlaubt, sondern erwünscht.

Diese Notwendigkeit, die Theorie zumindest schrittweise in die Praxis einzuzusetzen und Konzepte zu verwirklichen, wird überhaupt für die Glaubwürdigkeit demokratischer Politik in Zukunft immer mehr zur Überlebensfrage werden. Das „Modell Steiermark“, das in größtmöglicher Offenheit arbeitet und seit 1972 weitgehend in der Landespolitik umgesetzt wird, ist ein herausragendes positives Beispiel für diese Identität von Denken und Handeln.

# DER POLITWECKER RASSELT WEITER



„Polit-Wecker will uns alle wecken, geht uns alle an, auch dich. Komm, nimm Freunde mit, mach mit.“

Für uns könnten dabei Beispiele von dezentraler, wenig kapital- und energieintensiver Produktion entstehen. Das wäre aus zwei Gründen begrüßenswert: einmal, weil dadurch dem Eindruck entgegengewirkt wird, wir wollten anderen „kleine“, „sanfte“ und daher minderwertige Produkte einreden, selber jedoch bei der „harten“ Technologie bleiben; zum anderen, weil hochkonzentrierte, schwer überschaubare Technologien auch bei uns eine Alternative hätten.

Die „Ökonomie“ beherrscht viele entwicklungspolitische Diskussionen, auch im Modell-Steiermark-Arbeitskreis: Warum sind Bananen billiger als Äpfel? Warum arbeiten bei Faber-Castell in Brasilien vorwiegend — die sozial und politisch rechtlosen — Kinder? Warum verlagert Steyr seine Produktionsstätten in die Dritte Welt? Warum beteiligt sich Österreich an der wirksamsten Form von Entwicklungsverhinderung, der Aufrüstung in der Dritten Welt? Ist Ihnen aufgefallen, daß der Krieg — Prototyp der Antientwicklung — fast ganz und gar in die südliche Hemisphäre evakuiert worden ist?

Aber nicht nur um Wirtschaftsstrukturen und „Small is beautiful“, sondern auch um Fragen der Kultur, der Identität und Lebensweise geht es bei entwicklungspolitischer Bildung.

Ein Beispiel: Wesentliches Motiv des leidenschaftlichen Aufstandes der Schiiten war die drohende Verwestlichung des Iran. Viele sahen die Gefahr, wegen dieses oder jenes technischen Fortschrittes zu Kultursklaven zu werden.

Die Idee der „Rückständigkeit“ ist vielleicht die schlimmste Ursache für die derzeitigen Entwicklungsprobleme. Sie beruht auf der Vorstellung, daß die Menschheit eine Karawane wäre, die nur einen Weg hat und bei der die Entwicklungsländer hinten dran hängen. Sie beruht auf der Vorstellung, daß der Karawanenführer immer recht hat und daß die Zurückgebliebenen ihn nur nachzu-„äffen“ brauchen, um auf dem richtigen Weg voranzukommen.

Andererseits wird in Österreich zunehmend gefragt: Was können wir von der Dritten Welt lernen? Was ist das für ein soziales Gefüge, in dem Waisenhäuser und Altersheime unbekannt sind? Das Zeitgefühl des Afrikaners: entspricht es unserer Sehnsucht nach einer langsamer verrinnenden Zeit? Beinahe alle zurückgekehrten Entwicklungshelfer betonen, daß sie „menschlich“ sehr viel mitgenommen hätten.

Die Meinung, Europa könne am schwarzen Wesen genesen, ist aber wohl als Pendelausschlag zu sehen, als Folge von jahrhundertelanger Verniedlichung außereuropäischer Kulturen.

Der berühmte afrikanische Historiker Joseph Ki-Zerbo sagte unlängst anläßlich eines Pädagogen Treffens in der BRD:

„Die Jugend in Europa empfängt täglich Dutzende, ja Hunderte von Hinweisen auf die Dritte Welt — teils audiovisuell über das Fernsehen, teils konkret durch Waren usw. Diese Hinweise sind jedoch chiffriert, und häufig fehlt der Schlüssel, um ihre wirklichen Inhalte und Aussagen zu verstehen. Wie kann man diesen Zustand des unwissenden Empfängers verändern? Wie kann man die Zeichen besser erkennen und sie dann auch besser verstehen? Das muß meines Erachtens das Hauptziel einer Erziehung hinsichtlich der Dritten Welt und der Probleme ihrer Entwicklung sein.“

Ergebnis eines fruchtbaren Gesprächs mit Landesschulratspräsident Hofrat Dr. E. Moser war, daß im Rahmen des Unterrichtsprinzips Politische Bildung „Signale“ hinsichtlich Entwicklungspolitik gesetzt wurden (Erlässe, Lehrerfortbildungsseminare, ein für entwicklungspolitische Bildung zuständiger Beamter...) und daß Aktivitäten von Lehrern und Schulen (zum Beispiel im Hinblick auf die Steirische Akademie 1980 zum Thema „Afrika“) unterstützt werden.

Noch zweier weiterer Bereiche haben wir uns im Arbeitskreis exemplarisch angenommen: Tourismus und Kommunikation.

Joseph Ki-Zerbo sagt über den Tourismus:

„Selbst wenn man als Tourist ein Entwicklungsland besucht, entdeckt man meist nicht das, was ein gegenseitiges Lernen fördern könnte. Die meisten Touristen suchen im Süden nur das, was die Plakate der Reiseunternehmen versprechen, und dies sind nicht Menschen, sondern was zu Hause fehlt: Sonne, Strand, saubere Luft, eine wilde Fauna usw. Sicher — der Tourist sieht auch Menschen, aber die interessieren ihn nicht als Menschen, sondern höchstens in ihrer Exotik und ihrer Auffälligkeit. Der Mensch des Südens wird auf einige wenige Merkmale reduziert, die übertrieben sind: sein lautes Lachen, sein Tanzen, seine fremde Kleidung bzw. seine Nacktheit, seine sexuelle Kraft...“

Gemeinsam mit steirischen Reisebüros wollen wir Hintergrundinformationen für Afrikatouristen erstellen.

Zum Schluß sei auf ein Problemfeld zurückgekommen, das für eine global angelegte Entwicklungsstrategie von größter Bedeutung ist: die Kommunikation. Die wenigsten Entwicklungsländer verfügen über funktionsfähige Agenturen. 65% aller Informationen, die auf dem Erdball zirkulieren, werden in den USA produziert. 5 große Nachrichtenagenturen kontrollieren den Weltnachrichtenmarkt.

„Ein stummes Land ist nicht souverän“, sagen Afrikaner. Im Nachbarland Jugoslawien verbreitet — beispielhaft für Europa — eine Nachrichtenagentur („Third World Pool“) ausschließlich Nachrichten, die von Agenturen der Entwicklungsländer kommen.

Um die Präsenz entwicklungspolitischer Themen in den Medien zu erreichen, kam aus dem Arbeitskreis der Vorschlag, einen „Journalistenpreis für Entwicklungspolitik“ ins Leben zu rufen.

Diese Idee ist Teil eines Antrags an den Landtag zur kontinuierlichen und nachhaltigen Förderung entwicklungspolitischer Initiativen in der Steiermark: 250.000 S für ein Jugendaustauschprogramm (zur kulturellen Begegnung, zur Mitarbeit in Projekten) und 250.000 S zur Unterstützung von konkreten Projekten im Rahmen einer Partnerschaft zwischen steirischen Regionen und solchen der Dritten Welt.

Zur Zeit sammelt der Arbeitskreis Ideen für eine Erweiterung des „kulturellen trigon“ zu einem „politischen trigon“ oder „Volkstrigon“.



Es gibt eine Reihe von gesellschaftspolitisch weitgehend akzeptierten Rahmenbedingungen der Energieversorgung. Dazu gehört nicht nur von vornherein ein pragmatischer Blick für das Mögliche und Machbare, verbunden mit technischer und sozialer Phantasie; dazu zählen auch Erwägungen über die Aufrechterhaltung und Mehrung unseres Wohlstandes und Lebensstandards — was nicht heißen muß, daß alles so wie früher (nur mit entsprechenden Zuwachsraten) weitergehen muß. Aber auch die Verminderung der Auslandsabhängigkeit der Energieversorgung, die Erhöhung der ökonomischen Effizienz von Energieversorgungseinrichtungen, die Erhöhung der Funktionssicherheit von Energieversorgungssystemen, die Beachtung der gesellschaftlichen Implikationen von Energietechnologie hinsichtlich aktueller und künftiger Umwelteffekte müssen in diesem Zusammenhang genannt werden. Diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern eine Prüfung der Frage, ob trotz steigender Ansprüche der Verbrauchergruppen zumindest eine Stabilisierung des Energieverbrauchs erreicht werden kann, und — wenn dies möglich ist — ob Versorgungspotentiale im Bereich der eigenen erneuerbaren Energieträger gefunden werden können.

Außer Diskussion steht jedenfalls die Tatsache, daß unsere Energieversorgung gefährdet ist, daß die Zeiten reichlich fließender und billiger Energieträger ein für allemal vorbei zu sein scheinen. Da ist schon eher interessant, ob eine Prognose der endgültige Erschöpfung der Ölereserven in zwanzig, die andere in fünfundzwanzig oder dreißig Jahren ansetzt. Die Entscheidungen, die angesichts dieser Situation zu treffen sind, stehen uns heute ins Haus.

der eigenen erneuerbaren Energieträger gefunden werden können.



## Die Stabilisierung des Energieverbrauchs

Mehrere internationale Studien über die Möglichkeit einer konservierenden Energiepolitik liegen vor, deren Ergebnisse auch auf die steirische Energiesituation übertragbar sind. Dabei zeichnet sich für alle energieverbrauchenden Sektoren ein so ausgeprägtes Energieeinsparungspotential ab, daß in wenigen Jahren eine langfristige Stabilisierung des steirischen Primärenergieverbrauchs erreichbar erscheint. Detaillierte Verbrauchsstudien ergeben, daß sogar der Sättigungsbedarf an End-Energie durch einen zumindest stabilen Primärenergiebedarf gedeckt werden kann. Voraussetzung für die Realisierung eines solchen konservierenden Energieverbrauchsszenarios sind allerdings entsprechende energiepolitische Maßnahmen, die durch einen breiten Konsens von Energiekonsumenten und Energieproduzenten zu tragen wären.

Das Energiepotential des Industriesektors ist aufgrund des hohen Anteils der Grundstoffindustrie mit technologisch bedingtem abnehmenden spezifischen Energieeinsatz sowie der erwünschten Reduzierung des Anteils der energieintensiven Grundstoffindustrie an der Gesamtindustrieproduktion der Steiermark gegeben. Geänderte Verbrauchsgewohnheiten sowie technologische Fortschritte schaffen ein realisierbares Einsparungspotential im Verkehrssektor. Bei den Haushalten und Kleinverbrauchern sind bedeutende Einsparungsmöglichkeiten an Primärenergie durch effizientere Energieversorgung gegeben, ohne daß damit ein Komfortverlust verbunden wäre.

Dies bedeutet, daß sich der Energieverbrauch der Steiermark auf etwa jenem Niveau stabilisieren läßt, wie es Ende der 70er Jahre gegeben ist; dies kann ohne Einbußen an

Bequemlichkeit, ja sogar unter den Annahmen sehr luxuriöser Verhältnisse in der Haushaltsausstattung, einem nahezu verdoppelten Pkw-Bestand und einem mittleren industriellen Wachstum prognostiziert werden.

## Der Übergang auf erneuerbare Energieträger

Entscheidende Änderungen in der Struktur des Energieverbrauchs im Hinblick auf die eingesetzten Energieträger im Sinne einer importunabhängigeren Energieversorgung sind möglich.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei dem Sektor Haushalte und Kleinverbraucher zu, der rund 90 Prozent seines Energiebedarfs für Warmwasserbereitung und Raumheizung verwendet. Dieser Bedarf kann schon kurzfristig einerseits durch rentable Investitionen zur Verbesserung der thermischen Gebäudequalität reduziert werden, andererseits aber mittelfristig von der gegenwärtigen Basis fossiler Brennstoffe und hochwertiger elektrischer Energie auf die Basis erneuerbarer Energieträger umgestellt werden. Eine tragende Rolle kommt dezentralen Fernwärmenetzen zu, die mit Kraft-Wärme-Kopplung, Industrieabwärme sowie Biomasse im weitesten Sinn betrieben werden.

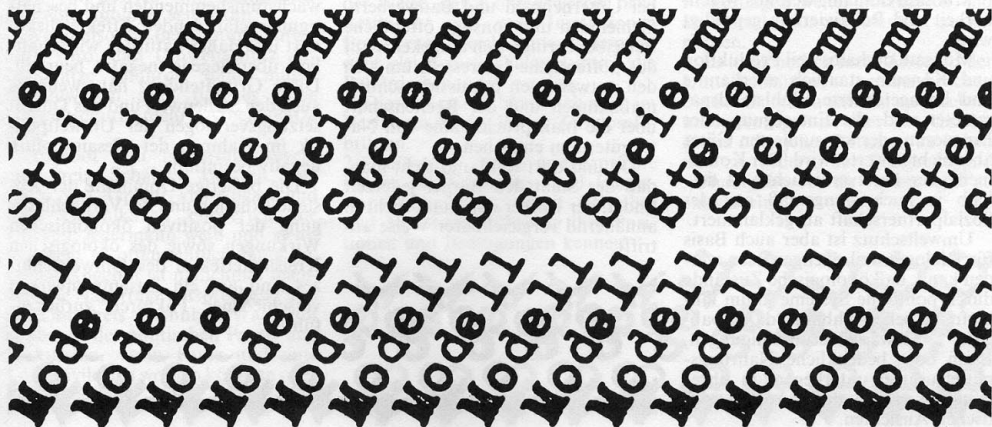
Bis zu 25 Prozent des Primärenergieverbrauchs erscheinen in einem Zeitraum von 20 Jahren durch bewußte Nutzung des reichen Biomassepotentials der Steiermark abdeckbar. Der Anteil der Wasserkräfte könnte auf mindestens 10 Prozent des Primärenergievolumens ausgedehnt werden. Rund 65 Prozent Primärenergie wären aber weiterhin durch fossile Energieträger zu decken. Dazu müßten alle Anstrengungen unternommen werden, um neue Lagerstätten zu erschließen, die Möglichkeiten der Kohlevergasung

unter Tag geprüft und schließlich langfristige und breitgestreute Lieferverträge mit dem Ausland abgeschlossen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine Neuorientierung der Energiepolitik von der vermehrten Bereitstellung zur effizienteren Verwendung und zu inländischen und erneuerbaren Energiequellen gerade in der Startphase aktive Unterstützungen des öffentlichen Sektors erfordert.

Abzuwägen sind auch die Investitionserfordernisse, die für eine konservierende Energiepolitik zu leisten sind. Auch hier zeigen jedoch internationale Studien und ausländische Musterprojekte, daß bereits bei den jetzigen Energiepreisen in den meisten Fällen der Investitionsaufwand zur Einsparung von Energie geringer ist als der Investitionsaufwand zur Bereitstellung von zusätzlicher Energie. Von einer konservierenden Energiepolitik sind auch positive Effekte für den steirischen Arbeitsmarkt dadurch zu erwarten, daß die Energieproduktion verstärkt vom Ausland auf das Inland verlagert wird.

## Der Beginn einer Energiepolitik

Es ist darauf hinzuweisen, daß diese Perspektive eine „vorsichtige“ Entwicklung in Hinsicht auf eine konservierende Energiepolitik darstellt; d. h.: Es wird keine abrupte Kurskorrektur mit dem Erfordernis tiefgreifender staatlicher Eingriffe vorausgesetzt. An der Notwendigkeit einer bewußten und langfristigen Energiepolitik, die sich nicht bloß um „drei Prozent mehr pro Jahr“ schert, sondern ein klares Konzept für die Zukunft aufzuweisen hat, führt allerdings kein Weg vorbei. Für eine kleinkarierte Kirchturmpolitik, für Parteihader und die Durchsetzung von Gewinninteressen ist die Frage nach unserer „Energiezukunft“ zu dringend, zu (über)lebenswichtig, zu bedrängend geworden.





20

Umweltschutz ist aber auch Basis für Dialoge, weil nachgewiesen werden kann, daß ökologische Zustände durch politische Systeme kaum längerfristig beherrschbar sind. Autoabgase, Gewässerverunreinigungen, Lärm oder bedenkliche Nahrungsmittelzusätze unterliegen in ihrer Wirkung ganz eindeutig keinen politischen Ansichten.

3. Die unangenehme Gewißheit, daß unsere Naturgüter und ureigensten Lebensmittel, wie z. B. Luft, Wasser, Ruhe, Boden und Nahrung, ähnlich zu behandeln sind wie andere erworbene Rechte; es geht um die Gewährleistung auch dieser „öffentlichen Interessen“.

Da und dort weiß und sieht man, daß der Staat den Bürger jederzeit findet, der Bürger den Staat nicht in annähernd vergleichbarer Weise antrifft.

Die bisherige Dominanz der Kostendiskussion und die Vernachlässigung der positiven ökonomischen Wirkungen sowie des ökologischen Kreislauffeffektes des Umweltschutzes sind auf ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren zurückzuführen:

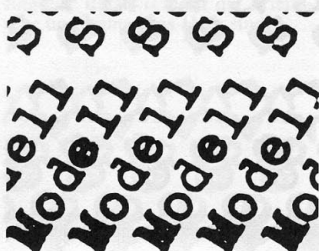
Kreislaufeffektes des Umweltschutzes sind auf ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren zurückzuführen:

**N**eue Ideen — Ideen für ein wirtschaftspolitisches Konzept der 80er Jahre — nach Graz bringen heißt eigentlich Eulen nach Athen tragen. Die Österreichische Volkspartei der Steiermark hat schon mit dem ersten „Modell Steiermark“ einen Markstein gesetzt für eine Politik, die nicht in ausgetretenen Geleisen verharret, sondern mit Elan und Phantasie an die konkrete Arbeit herangeht, und trotzdem — oder vielleicht gerade deswegen — volkssnah bleibt. Dieser Elan beweist sich auch in der Tatsache, daß das Modell Steiermark jetzt für die 80er Jahre überarbeitet werden soll und dabei ausdrücklich auch neue Gesichtspunkte, die vielleicht vor 10 Jahren noch nicht so im Vordergrund standen, zur Geltung kommen sollen — Gesichtspunkte eines qualitativen Wachstums. Es sind, wie ich erfahren habe, 21 Arbeitsgruppen am Werk. Ich habe einige Protokolle der Arbeitsgruppe „Umwelt“ gelesen und bereits vieles daraus lernen können.

Das Wichtigste, was ich heute vortragen möchte, sind nicht konkrete Vorschläge für die eine oder andere politische Maßnahme hier in der Steiermark, das Wichtigste ist, Sie in der Absicht zu bestärken, den ganzen Bereich dessen, was man als „Umwelt“ bezeichnet und eigentlich alles umfaßt, was uns die Natur sowohl als Grundlage der wirtschaftlichen Aktivitäten wie als ökologische Lebensgrundlagen bietet, wesentlich ernster zu nehmen als bisher — und zwar einfach deswegen, weil wir in vielfacher Hinsicht an die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Natur stoßen, ja sie da und dort bereits überschritten haben.

Dieses Konzept hat nach dem Zweiten Weltkrieg recht gut funktioniert, wenn wir von den Zahlungsbilanz-Krisen absehen, die schließlich den Übergang zu den flexiblen Wechselkursen und damit eine größere Instabilität im internationalen Handel gebracht haben. Vor allem hat es uns — d. h. vor allem der industrialisierten Welt — eine unglaubliche Steigerung des Wohlstands beschert. Die Frage ist nur, ob wir mit diesem Wohlstand nicht in einer Falle sitzen, in der wir zu immer weiterer Wohlstandssteigerung verdammt sind, obwohl das Wort „Wohlstand“ immer mehr in Anführungszeichen zu setzen ist und sich in eine Plage verwandeln kann, ja in gewissen Bereichen schon in eine Plage verwandelt hat. Es ist die Frage, ob es uns geht wie dem Zauberlehrling in Goethes Gedicht, der wohl wußte, mit welchem Zauberwort man sich die tote Materie dienstbar macht, aber nicht mehr das Zauberwort kannte, mit dem

● An vorderster Stelle die Tatsache, daß die Reserve derjenigen Energie, die die tragende Grundlage des Wirtschaftsbooms der letzten drei Jahrzehnte war — nämlich des Erdöls — begrenzt sind; die vermutlich gewinnbaren Weltvorräte an Erdöl würden zwar bei Aufrechterhaltung der augenblicklichen Jahresproduktion noch ca. 100 Jahre ausreichen — also länger als vielleicht viele vermuten, aber die Lebensdauer dieses Vorrats schrumpft auf ca. 50 Jahre wenn wir die Produktion um 2—3 % ausdehnen, wie das in den letzten Jahren im Durchschnitt der Fall war. Außerdem haben die Industrieländer, die den Löwenanteil verbrauchen, nur noch einen kleinen Teil der Vorräte selber in der Hand, so daß die Lieferländer in der Lage sind, durch Steigerungen des Erdölpreises einen immer größeren Teil des Welt-Sozialprodukts für sich abzuschneiden. Tatsächlich ist über das Erdöl ein weltweiter Umverteilungsprozeß in Gang gekommen, den jeder an seiner Heizöl- und Benzinrechnung ablesen kann. — Zu der Begrenzung des Erdöls kommt die Tatsache, daß sich weltweit ein wachsender Widerstand gegen die Kernkraft, die zunächst als wichtigste Alternative gedacht war, bemerkbar macht, wobei auch auf den beschränkten Uranium-Vorrat und auf die noch größeren Risiken der Plutoniumwirtschaft hinzuweisen ist, wenn man der Beschränkung der Uraniumvorräte ausweichen will.





Da bin ich aber durchaus Optimist, persönlich und beruflich.

Diese Widerstände liegen zum einen in Barrieren und Schwierigkeiten, die in unserer Umwelt begründet sind (überkommene Regeln und Gesetze, räumliche und zeitliche Bestimmungen, die das Verhalten steuern — denen wir uns beugen, ohne mit ihnen übereinzustimmen oder sie zu verstehen; Erwartungen unserer Mitmenschen, denen wir widerwillig gerecht werden, weil wir den Konflikt scheuen, der durch stille Konformität vermieden werden kann).

Wiewohl man um die starken zeitlichen und arbeitsmäßigen Belastungen der Selbständigkeit weiß, reizt einen die Möglichkeit weitgehender Selbstbestimmung und Eigenverantwortung.

Kennzeichnend für das Selbstverständnis dieser relativ neuen Schichten sind Wertvorstellungen und Verhaltensnormen, die jenen der klassischen Selbständigengruppen<sup>11</sup> ähneln (wie diese ihrerseits gewisse Ansprüche der neuen Schichten übernommen haben — soziale Mindersticherung). So ist — soziologischen Analysen zufolge — Verantwortungsstreben, Vertrauen in die eigene Leistung als Aufstiegskriterium, Veränderungswille etc. vor allem für die Spitze des Mittelstandes charakteristisch. Als zentraler Wertbegriff, der hinter Wertnormen wie Leistung, Verantwortung, Selbstentfaltung steht, kann das Streben nach Selbständigkeit bzw. Selbständigwerden angesehen werden.

So ist Einübung in Selbstständigkeit im frühen Kindesalter und der Schule eine wichtige Voraussetzung, um sich später zu trauen – zu getrauen. Kinder streben diesen Ablösungsprozeß von den (elterlichen) Autoritäten – wie die Entwicklungspsychologie lehrt – mehr oder weniger automatisch an. Aber es erfordert (zu) viel Fingerspitzengefühl von Eltern und Pädagogen, diese Schritte (zwei vor – einer zurück) zu ermutigen. Häufig bleibt es von ihrer Seite bei der paradoxen Forderung: „Sei selbstständig!“ (unerfüllbar!) bei gleichzeitiger Pflege der Abhängigkeit und Einübung in die Unmündigkeit.

Die Institutionen, die die jeweiligen Lebensbereiche verwalten oder gepachtet zu haben glauben, reagieren auf die diversen Ansprüche auf Selbständigkeit meist (noch) aversiv:

beginnt, der immer wertvoller wie Leistung, Verantwortung, Selbstentfaltung steht, kann das Streben nach Selbständigkeit bzw. Selbständigwerden angesehen werden.

so die Gewerkschaft:  
auf Wunsch nach Zeitflexibilität  
so die Schule:  
auf Wahlfreiheit zwischen Modellen  
(wenig Kreativförderung, mehr Wis-  
sensvermittlung)  
so die Wohnbaugenossenschaften:  
auf Mitbestimmungswünsche  
und das Gesundheitssystem und die  
Ärzte:  
auf „mitleidende“ Patienten.

In Schule, Beruf und vielen gesellschaftlichen Institutionen wird oft Selbstständigkeit gepredigt, aber Anpassung und Konformität verlangt, Eigeninitiative gefordert, aber Dressur geübt, Mündigkeit postuliert, aber Verantwortung entzogen; so, als ob man Selbstständigkeit und Eigenverantwortung mißtrauen würde, wird die Entscheidung allzugern „Experten“ und „Planern“ überlassen. Linke und rechte elitäre Ideologen sprechen in diesem Zusammenhang „den Menschen gern falsches Bewußtsein zu und die Fähigkeit ab, selbst darüber zu befinden, was ihnen guttut.

Der Konflikt zwischen kulturellem Wertesystem und geübter Praxis läßt bei vielen, die selbständig sind oder es werden wollen, das Gefühl entstehen, offen oder geheim manipuliert zu werden.

Wohl bekennt sich die in Österreich in den 70er Jahren betriebene Politik mit Schlagworten wie Demokratisierung und Mitbestimmung zu selbständigen Verhaltensweisen; in der politischen und institutionellen Praxis jedoch wurde gerade am Beginn der 70er Jahre das Anspruchsdenken gefördert und der Staat als optimaler Problemlöser dargestellt. Gerade auch bei „neuen Problemen“ wie Umweltschutz, umfassender Sicherheit etc. Dabei wurden die Probleme alle als so komplex und schwierig dargestellt, daß das Vertrauen in die Vernunft und eine Lösungsmöglichkeit durch kleinere Einheiten untergraben werden mußten (konsequenterweise löste solcherart geschaffenes „Problembewußtsein“ den Ruf nach der Intervention des Staates aus, der aber umso gedämpfter erklingt, je klarer einem die Steuerbelastung wird, die staatlichen Leistungen folgt und links eingreift: dort wo meist die Brieftasche und immer das Herz sind).

Auch sieht sich der Mensch, der selbstständig zu seinem Ziel kommen wollte, immer mehr in das Laufgitter eines enger werdenden Paragraphennetzes gezwängt. Er beginnt unter Umständen zu resignieren und sich auf das Schicksal eines „Betreuungs-falls“ umzuorientieren. Mit Recht wurde darauf verwiesen (Badel), daß hinter jeder neuen Problemlösung durch den Staat auch ein Stück Selbstaufgabe der Bürger steckt.

Manchmal gibt man sogar das eigenständige, selbständige Denken auf, übernimmt unreflektiert die Parole der Partei, ist bequem (auch für andere) und gibt damit einen Teil seiner selbst auf. „Non cogitant — ergo non sunt“ kann für diese Zeitgenossen gelten.

Im allgemeinen kann man aber ein Ansteigen des „parteienkritischen“ Potentials konstatieren; die Menschen emanzipieren sich auch von unbedingten Parteiloyalitäten; dieser Prozeß hat bei den bürgerlichen Parteien früher eingesetzt und wird auch Sozialisten noch stärker erfassen. Es ist, wenn man so will, eine weitere Säkularisierungswelle, die mit breiteren Strömungen des Wandels in Verbindung steht.

Die spezifische Mangelsituation und die Beunruhigung ob der neuartigen Gefahren lassen ein Orientierungsverhalten, verbunden mit langsamem Wertwandel (seinerseits verbunden mit noch langsamerem Verhaltenswandel), eigentlich vernünftig erscheinen. Selbst wenn man zur Erfolgsgeneration gehört, die mit der materiellen Wachstumsmilch großgezogen wurde. So wird unter anderem erklärlich, weshalb zu „alten Werten“ wie „Schonung des leiblichen Lebens von Personen“, „Respektierung des Eigentums“ etc. neue hinzukommen bzw. wieder aufleben, die auf den Schutz der Natur, persönliche Freiheitsräume, neue soziale Beziehungen Rücksicht nehmen. Es ist hier nicht der Platz (vornehmlich nicht der räumliche), um ein einigermaßen komplettes Spektrum der sich andeutenden Wertverschiebungen zu geben. E. Oldemeyer hat kürzlich eine sehr breite Auffächerung versucht, aus der stichproben- und schlagwortartig zitiert sei: Vom Herrschaftsprinzip (im politischen staatlichen Bereich) zum Partizipationsprinzip, von der Ausweitung der Staatsverantwortlichkeiten zur Entstaatlichung vieler Lebensbereiche (Minimalstaat?), von Konkurrenz zum Solidaritätsprinzip, von der Leistungsstimulation durch materiellen Anreiz zur Leistungsförderung durch Freude an der Arbeit, von der Herrschaft der Menschen über die Natur und der „Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse“ (Karl Marx) zur Ach-

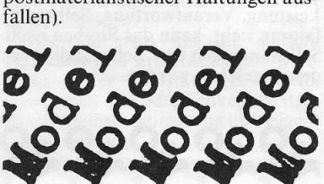
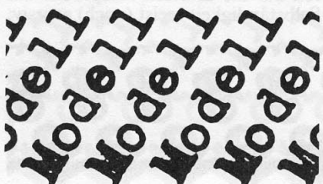
tung vor der Natur als dem autarken System aller ökologischen Systeme, von technischen Makrosystemen zu „angepaßter“, „sanfter“, „mittlerer“ Technik, von einer „Haben“- zu einer „Sein“-Orientierung; neben aktivistischem Expansionismus auch ein mehr kontemplativer „Weg nach innen“, von einem Programm der Säkularisierung und Entmythisierung zur (Wieder-) Anerkennung von sinngebenden Erfahrungen, wie sie in Mythos bzw. Religion aufbewahrt sind.

Vieles davon keimt erst, manches wird nur knöchelhoch; aber in einzelnen Fällen deutet sich an, daß diese „postmaterialistischen“ Haltungen, zumindest im Bewußtsein vieler Menschen, bereits bzw. noch immer hoch im Kurs stehen.

In einer empirischen Studie aus der Mitte der 70er Jahre wurde unter anderem der Prozentsatz der „Postmaterialisten“ in mehreren Ländern festgestellt (unter anderem in den Niederlanden, Großbritannien, USA, BRD und Österreich). Nach Abzug aller methodenbedingter Zweifel — Soziologen gehen sichtlich mit Wertpräferenzen ebenso rüde um wie Ökonomen — bleibt eine Reihe bemerkenswerter Erkenntnisse: Ca. 40% der repräsentativen Bevölkerungszahl waren der „materialistischen Kategorie“ zuzuordnen. 9% waren „Postmaterialisten“. Der Rest entfiel auf Mischtypen, die zu ca. einem Drittel als „gemischt materialistisch“ und zu ca. einem Fünftel als „gemischt postmaterialistisch“ anzusprechen waren. In Österreich war damals die Gruppe der „Postmaterialisten“ mit 5% am relativ kleinsten, in den Niederlanden mit 21% am höchsten.

In allen Ländern neigten jüngere Gruppen signifikant stärker zu „postmaterialistischen Einstellungen bzw. Werthaltungen“.

Ebenso klar trat eine positive Korrelation zum Wohlstandsniveau und insbesondere zur Schulbildung zutage. Zumindest für die Bundesrepublik Deutschland kam man aufgrund schwieriger Vergleiche zur Vermutung, daß es sich bei diesem Bild nicht um eine seit Jahrzehnten gleichartige Wertstruktur handle, sondern, daß zwischen 1951 und 1974 tatsächliche Verschiebungen in den Wertprioritäten stattgefunden hätten (die allerdings nicht nur zugunsten postmaterialistischer Haltungen ausfallen).





Dennoch sind sie keine egoistischen Individualisten, sie wollen nur ihr Schicksal – zusammen mit anderen – selbst in die Hand nehmen, um es nicht nur Experten überlassen zu müssen. Sie sind auch keine Kollektivistin, die stets zentrale Lösungen **mit allen für alle** im Auge und im Sinn haben. Eher könnte man sie als Menschen bezeichnen, die das Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen und als eigenständige Individuen soziale Mitverantwortung tragen wollen. Es sind Mutige, die Ermutigung brauchen, die Selbständigkeit verwirklichen wollen, damit sie nicht nur ein Schlagwort bleibt.

Wir sollten uns nicht schämen, „this divine idea“, diese göttliche Idee, die mit Selbständigkeit und Selbstentfaltung Wirklichkeit werden kann, zu entwickeln, unser eigenes unverwechselbares SELBST.

*Dr. Bretschneider studierte Psychologie und ist Lehrbeauftragter an der Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien.*

Steiermark Steiermark Steiermark Steiermark

**Modell Steier**



Grundsätzlich ist zu sagen, daß der Boden der knappste Rohstoff ist, den wir besitzen, denn wir können ihn nicht importieren; wir müssen mit den Flächen auskommen, die wir haben, und wir müssen ihn optimal auf die verschiedensten gleichberechtigten Nutzungen verteilen; eine derart einseitige Bevorzugung der Siedlungsnutzung, wie wir es bisher praktiziert haben, ist nicht mehr zulässig.

ben. Ist dies ein natürlicher, unbeeinflussbarer Vorgang oder evtl. die Folge weltweiter, langfristiger Vergiftung mit Chemikalien in unserer Umwelt? Unsere Forschung scheint den zweiten Verdacht zu erhärten: für bis zu 80 Prozent aller Krebserkrankungen werden heute Langzeitvergiftungen mit Chemikalien verantwortlich gemacht.“

\*

27

Der Strategie des quantitativen Wirtschaftswachstums liegt die sog. Durchbrecherthese zugrunde, d. h. die Vorstellung, daß sich die Umweltprobleme, die sich aus dem Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte ergeben haben, mit noch mehr Wirtschaftswachstum lösen lassen, indem man aus dem größeren Zuwachs des Sozialprodukts einen bestimmten Anteil für den Umweltschutz abweist. Die Bodenproblematik findet in dieser Strategie keine Berücksichtigung. Voraussetzung dieser Strategie ist allerdings eine praktisch unendliche Steigerung der Industrieproduktion, so daß das Wachstum von der Ressourcenseite her nicht in Frage gestellt wird. Es ist die Strategie der Großtechnologie, Konzentration und Agglomeration sowie der totalen Industrialisierung und Elektrifizierung aller Lebensbereiche.



Ihr steht als extremer Gegensatz die Strategie der rein ökologisch orientierten Wirtschaft gegenüber, die **nur** auf erneuerbaren Ressourcen und der Regeneration dieser Ressourcen in ökologischen Kreisläufen aufbaut. In dieser Wirtschaft gibt es per definitionem keine Ressourcen- und keine Abfall- und Umweltproblematik, da es ja wegen der Regeneration der erneuerbaren Abfälle nie zur Erschöpfung der Ressourcenvorräte dieser Wirtschaft und damit auch nie zur Anhäufung von Abfallbergen und schädlichen Emissionen kommt. Es gibt überhaupt keine Umweltpolitik und trotzdem oder gerade deswegen keine Umweltprobleme. Es ist die Strategie der Kleintechnologie, der Dezentralisierung und Rationalisierung sowie einer Reagrarisierung der Wirtschaft.

In der Mitte steht die Strategie des qualitativen Wachstums, die vielleicht in ihrer Zielsetzung am besten umschrieben werden kann mit einem Satz aus dem Diskussionsentwurf Ihres Arbeitsbereiches „Umwelt“ zum Modell Steiermark. Er lautet: „Aufgabe des Gemeinwesens ist es, eine ausgewogene Ökologie anzustreben, gleichzeitig aber die Möglichkeiten für die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Leistungen entsprechend unserer Kultur und Zivilisationsstufe zu gewährleisten.“ Diese Strategie beinhaltet eine Berücksichtigung ökologischer Kreisläufe, wo immer dies möglich ist, aber keinen Verzicht auf den Einsatz nicht erneuerbarer Ressourcen, sondern — und das ist das Entscheidende — Streckung der Weltvorräte durch **sparsamen** Gebrauch derselben, Verwirklichung des Umweltschutzes durch eine Kombination des traditionellen Umweltschutzes auf der Outputseite der Wirtschaft und vermindertem Einsatz von Ressourcen auf der Inputseite der Wirtschaft; sog. Entkoppelung von Ressourcen- und insbesondere Energieverbrauch und Sozialproduktwachstum; Unterordnung des Sozialproduktkonzepts unter den weiteren Begriff Wohlfahrt und Lebensqualität. Es ist die Strategie der mittleren Technologie, der dezentralisierten Konzentration und einer gemischten Energieversorgung und der Aufrechterhaltung von nicht wirtschaftlich genutzten Freiräumen. Es ist die Strategie einer Aufrechterhaltung des erreichten Lebensstandards, die weder Askese und Rückkehr zur Situation der Höhlenbewohner noch Überfülle konsumierbarer Waren und Flucht nach vorne in die Unfreiheit der Weltraumfahrer beinhaltet. Es ist — mit einem Wort — die Strategie der Vernunft, aber gleichzeitig die Strategie, die am schwierigsten zu verwirklichen ist, denn alles

Vernünftige ist schwierig zu realisieren. Es ist deshalb schwierig, weil das Vernünftigste nie ein Extrem sein kann, sondern nur ein Optimum, in dem verschiedene Ansprüche gegeneinander abgewogen werden. Jeder Optimierungsprozeß setzt aber große Denkarbeit voraus — und denken ist eben schwierig, viel schwieriger als sich einem Extrem zu verschreiben. Nichtsdestoweniger möchte ich hier mit Ihnen für die Vernunft und damit für ein qualitatives Wachstum und damit für einen gangbaren Weg aus der Wohlstandsfalle plädieren. Die anderen Wege sind entweder nicht realisierbar oder führen in ein wirtschaftliches oder politisches Chaos.

Das qualitative Wachstum ist vor allem dadurch charakterisiert, daß es von der Steigerung des Sozialproduktes als Zielsetzung der Wirtschaftspolitik abbrückt und es durch das allgemeinere Konzept einer Erhöhung der Wohlfahrt und der Lebensqualität ersetzt. Dies bedeutet, daß eine Erhöhung des Sozialproduktes bloß ein etwaiges Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung sein kann, **wenn** sie sich von selbst aus dem Marktprozeß ergibt oder die konkreten wirtschaftspolitischen Ziele dies erfordern sollten. Wenn aber die Wirtschaft funktioniert, dann besteht kein Grund mehr, mit allen Mitteln darüber hinaus die Steigerung des Sozialproduktes zu forcieren und damit das übergeordnete Ziel der Wohlfahrtsmehrung zu gefährden.

Um diese Aussage zu verstehen, muß man sich bewußt sein, daß das Sozialprodukt ein völlig ungenügendes Konzept ist, um über die Wohlfahrt bzw. den Nutzen der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Volkswirtschaft Auskunft zu geben. Nur einige Beispiele:

Im Sozialprodukt werden nur die bezahlten Güter und Leistungen berücksichtigt. Dies hat zur Folge, daß das Sozialprodukt sinkt, wenn ein Mann seine Haushälterin heiratet; die Leistung der Hausfrau wird ja nicht bezahlt und geht daher nicht in das Sozialprodukt ein. Das gleiche gilt für die Leistungen, die im sog. Bereich der Eigenproduktion, d. h. der Produktion im Konsumbereich bzw. der Selbstversorgung in kleineren und größeren Gemeinschaften, erbracht und entweder ohne direkte oder nur mit naturaler Gegenleistung ausgetauscht werden.

Ebenso werden die Gratisleistungen der Natur im Sozialprodukt außer acht gelassen. Wenn man daher einen verschmutzten See so sauber macht, daß man wieder in ihm baden kann, so wird zwar der Aufwand für die Säuberung des Sozialproduktes erhöhen (ohne vorherige Verschmutzung hätte man es allerdings noch billiger haben können), aber der konkrete Nutzenzuwachs findet im Sozialprodukt keinen Niederschlag.

Das gleiche gilt im Gesundheitswesen. Jede präventive Maßnahme, z. B. Korrektur einer gefährlichen Straßenkreuzung zur Reduktion der Unfallgefahr, trägt weniger zu Erhöhung des Sozialproduktes bei als die Aufrechterhaltung von Unfall-Fällen, weil die Pflege der Verunfallten und der Kauf neuer Autos das Sozialprodukt auf die Dauer stärker erhöhen. Je mehr Unfälle, desto höher das Sozialprodukt — so läßt sich die Problematik des Sozialprodukt-Konzepts zusammenfassen.

Dabei ließe sich die Liste der kritischen Punkte noch beliebig verlängern. Das Sozialprodukt darf daher auf keinen Fall weiter als die entscheidende Kennzahl der volkswirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden, nur weil man es besser messen kann als die Wohlfahrt, die sich nie zu einer einheitlichen Größe wird zusammenfassen lassen. Wer trotzdem darauf beharrt, gleicht dem Mann, der seinen Hut auf der dunklen Straßenseite verloren hat, ihn aber auf der hellen suchen geht, weil er dort besser sehen kann.

Es geht im Rahmen des qualitativen Wachstums vielmehr darum, eine funktionierende Wirtschaft zu gewährleisten, d. h. Krisen, Arbeitslosigkeit und Inflation zu vermeiden, und zusätzlich die Umweltbelastung in allen ihren Formen nicht weiter anwachsen zu lassen und wo immer möglich zu reduzieren.

Wie ist nun ein Ausgleich zwischen diesen verschiedenen Forderungen herzustellen? Grundsätzlich so: Die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit sowohl in bezug auf die Gesamtzahl der Arbeitsplätze, wie in bezug auf die Vorsorge für Krankheit, Invalidität und Alter unter Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards, unter Einbezug der Leistungen, die im Bereich der Eigenproduktion und der direkten Sozialhilfe im Familien- und Nachbarschaftsbereich erbracht werden können, hat erste Priorität.

Die zweite Priorität muß aber heute die Umweltstabilisierung und damit die Aufrechterhaltung unserer ökonomischen und ökologischen Lebensgrundlagen für die Zukunft haben.

Model  
Model  
Model  
Model  
Model

Erst an dritter Stelle geht es heute noch um eine weitere Steigerung des Sozialprodukts und damit des Konsums von käuflichen Dingen, die nur allzuoft das Resultat der Zerstörung nichtkäuflicher Dinge sind.

Ich glaube, daß diese Prioritätenordnung auch heute weitgehend der Einstellung der meisten Menschen entspricht. Sie zittern beim Gedanken, zu große Rücksichtnahme auf die Stabilisierung der Umwelt könne zum Verlust des Arbeitsplatzes führen, ohne daß sie einen neuen gleichwertigen erhalten. Aber sie sind — das haben Meinungsumfragen wiederholt gezeigt — durchaus bereit, anstelle eines Einkommenszuwachses von einem oder zwei Prozent ein Mehr an Umweltqualität, z. B. eine Reduktion des Lärms, zu wählen. Diese Einstellung ist durchaus rational und verständlich. Es ist eben ein großer Unterschied, ob man 100 Prozent seines Einkommens oder doch wenigstens einen großen Teil desselben verliert, wenn man bloß noch eine Arbeitslosenunterstützung erhält, oder ob man nur auf etwas verzichten soll, das man noch gar nicht hat und dessen Grenznutzen eigentlich schon sehr niedrig geworden ist — niedriger eben als der Grenznutzen einer verbesserten Umwelt.

Wenn man von dieser Erkenntnis ausgeht, stellen sich im Rahmen des qualitativen Wachstums zwei Aufgaben:

1. Es ist ein Gesamtkonzept der Umweltstabilisierung zu erarbeiten, das in gleich fassbarer operationaler Weise neben das Konzept der Vollbeschäftigung und die übrigen Voraussetzungen der sozialen Sicherheit gestellt werden kann, und es ist
2. aufzuzeigen, wie Umweltstabilisierung und eine stabile Wirtschaft mit Vollbeschäftigung in Übereinstimmung zu bringen sind.

Ich möchte zu beiden Anforderungen hier einiges sagen, auch wenn es angesichts der beschränkten Zeit nur im Sinne von Andeutungen möglich sein wird.

Das Konzept der Umweltstabilisierung kann entsprechend meinen anfänglichen Ausführungen als aus drei Teilen bestehend aufgefaßt werden, mit den Überschriften: natürliche Ressourcen, Boden, Abfälle und Emissionen. Was kann unter diesen drei Überschriften die konkrete, operationale Zielsetzung sein?

Bezüglich der natürlichen Ressourcen ist zwischen erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen zu unterscheiden:

— Hinsichtlich erneuerbarer Ressourcen gilt: Oberstes Ziel ist die Aufrechterhaltung der Regenerationsfähigkeit der betreffenden Ressourcen. Das bedeutet im Sinn einer **Minimalbedingung**: der Bestand der Ressource darf nicht soweit verringert werden, daß die Regenerationsfähigkeit überhaupt in Frage gestellt wird. Es darf kein Raubbau betrieben werden. Die **optimale Bedingung** wäre: Nutzung der regenerierbaren Ressourcen in dem Ausmaß, daß eine maximale Regeneration und damit für die Dauer eine maximale „Ernte“ garantiert ist; es soll also keine Übernutzung stattfinden. Außerdem ist möglichst die Rückführung der Abfälle aus regenerierbaren Ressourcen in den „richtigen“ ökologischen Kreislauf zu verlangen (Beispiel: Anstelle der Verschmutzung des Wassers durch „falsche“ Beseitigung der Haushaltsabfälle Düngung des Bodens mittels dieser Abfälle). Stabilisierung der Umweltbelastung in bezug auf die erneuerbaren Ressourcen heißt somit insgesamt Aufrechterhaltung der Regenerationsfähigkeit durch **nachhaltige Nutzung**. Dieses Prinzip der Nachhaltigkeit ist bezüglich des Waldbestandes schon lange bekannt; es wird ihm nur nicht immer genügend Rechnung getragen. Es muß heute der Wasserhaushalt ausgedehnt werden, der durch die Konzentration von Siedlungen in Großagglomerationen gestört worden ist. Vor allem aber ist es auf dem Gesamtbereich der Landwirtschaft bzw. des landwirtschaftlichen Bodens anzuwenden, der sowohl durch Übernutzung und Verödung gefährdet ist. Schließlich ergibt sich daraus die Notwendigkeit der Erhaltung der Arten im Pflanzen- und Tierbereich und damit die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Gen-Potentials, das zur Stabilisierung des Naturhaushaltes nötig ist.

— Hinsichtlich der nichterneuerbaren Ressourcen ist daran zu erinnern, daß ihr Verbrauch dem Abbau eines gegebenen Kapitalbestandes ohne Erneuerungsinvestitionen gleicht. Bei einem endlichen Gesamtvorrat einer Ressource (ökologisches Kapital) geht der heutige Verbrauch auf Kosten des künftigen Verbrauchs. Die durch den heutigen Verbrauch erzeugte Mindernutzung in der Zukunft ist damit dem heutigen Verbrauch anzulasten. Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß eine künftige Nutzung nicht die gleiche Bedeutung hat wie die heutige und daher auf den Gegenwartswert diskontiert werden muß. Sie kennen das Prinzip der Diskontierung zur Errechnung des Gegenwartswertes künftiger Kapitalerträge: wenn man ein Kapital von 100 Schilling zu 5% auf ein Jahr anlegt, ist es nach einem Jahr auf 105 Schilling angewachsen. Umgekehrt ist daher ein Betrag von 105 Schilling nach einem Jahr heute nur 100 Schilling wert, indem man den Betrag von 105 Schilling durch den Zinsfaktor, nämlich 1,05 dividiert bzw. eben diskontiert. Die Idee ist, daß eine entsprechende Diskontierung auch für künftige Nutzenerträge aus dem ökologischen Kapital vorzunehmen sei. Welcher Diskontierungsfaktor ist aber hier zu wählen?

Allgemein gilt: je höher die Diskontrate, desto größer dieser abdiskontierte zukünftige Nutzen; ein desto geringeres Gewicht erhält also der zukünftige Nutzen. Umgekehrt wird der künftige Nutzen umso höher bewertet, je geringer die Diskontrate ist. Eine Diskontrate von null würde bedeuten, daß die künftige Nutzung das gleiche Gewicht erhält wie die heutige Nutzung und diese somit auf das unbedingt Nötige zu beschränken wäre (dies entspricht der Strategie einer rein ökologischen Wirtschaft). Eine Diskontrate von unendlich hingegen würde die Ressourcen völlig der momentanen Nutzung und damit der Vergeudung preisgeben (dies entspricht der Strategie des quantitativen Wachstums). Zur Strategie des qualitativen Wachstums gehört die explizite oder mindestens implizite Festlegung einer endlichen Diskontrate, was gleichzeitig die Wahl eines bestimmten Zeithorizonts bedeutet, bis zu dem man sich verantwortlich fühlt.

Die konkrete Festlegung der Diskontrakte ist offensichtlich eine politische Frage. Sie ist einerseits eine Frage der Ethik im Sinne der Vorsorge für künftige Generationen, andererseits eine Frage des Vertrauens in die Fähigkeit der Technik, bei einer Verknappung genügend wirtschaftlich verwertbare Ersatzressourcen zur Verfügung zu stellen, bei deren Produktion und Verwendung keine allzu großen ökologischen und gesundheitlichen Risiken entstehen. In der Bewertung dieser Risiken liegt das eigentliche Problem.

Die Berücksichtigung von „user-costs“ bzw. der Reservationskosten führt aber in jedem Fall zu einer relativen Verlangsamung des Ressourcenabbaus gegenüber einer rein auf Maximierung des Gegenwartsgewinnes ausgerichteten Ressourcenverbrauchspolitik. Die sich aus der Berücksichtigung von Zukunftsinteressen ergebende **Mindestanforderung** ist die Verpflichtung zu sparsamem Gebrauch und zur Vermeidung und Verschwendung, wie sie etwa durch die künstliche Obsoleszenz hervorgerufen wird. Aus diesen Überlegungen ergibt sich zusammenfassend das Postulat eines Übergangs von einer heute weitgehend praktizierten Kurzfristökonomie zu einer neuen **Langfristökonomie**.

Diese Betrachtungsweise ist allerdings zu erweitern durch die Berücksichtigung der Tatsache, daß die Welt in souveräne Staaten aufgeteilt ist. Dies hat einerseits zur Folge, daß ein einzelner Staat nicht allein verantwortlich gemacht werden kann für die Politik der Langfristökonomie; er hat ja gar nicht bzw. nur zu einem kleinen Teil die Handhabe dazu.

Andererseits ist er aber gerade wegen des Mangels einer verbindlichen internationalen Ordnung nicht nur in Zukunft durch die Ausschöpfung der vorhandenen Weltvorräte bedroht, vielmehr kann die Zufuhr einer Ressource in Kriegen und Krisenzeiten, vielleicht aber auch nur im Zusammenhang mit monopolistischen oder oligopolistischen Preisstrategien eingeschränkt oder gesperrt werden. Aus diesen Gründen ist auf eine ausreichende Selbstversorgung bezüglich lebenswichtiger Ressourcen Rücksicht zu nehmen. Dies betrifft etwa die Energie. Hier geht es auch um die Aufrechterhaltung einer genügend großen landwirtschaftlichen Bodenfläche zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, wenn aus irgendeinem Grund Lebensmittelmporte im heutigen Ausmaß behindert sind. Eine solche Vorsorge gehört eindeutig zum Gesamtkonzept der Umweltstabilisierung.

Bezüglich des **Bodens** kann ich an Postulate betreffend die Pflicht zur nachhaltigen Bewirtschaftung und zur Aufrechterhaltung eines ausreichenden Grads der Selbstversorgung anknüpfen.

Die gegenwärtige Entwicklung kennzeichnet sich durch eine ständig beschleunigte Überbauung ökologisch und landwirtschaftlich genutzten Bodens. Man nähert sich dabei zwei Grenzen: Einmal wird der zur Regeneration des komplizierten, aus vielen ökologischen Kreisläufen bestehenden Systems Erde benötigte „lebende Boden“ dauernd zurückgedrängt; dazu gehören artenreiche, hoch stabile „protektive“ Flächen, umfassend Wald, Weideland und Biotope. Zum anderen werden die „produktiven“ Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden, vermindert. Das kann, wie gesagt, dazu führen, daß jenes Mindestmaß unterschritten wird, das in Notzeiten einen erfolgreichen Rückzug in die Selbstversorgung gewährleisten würde. Dagegen nimmt die sogenannte „sterile“ Fläche, umfassend Siedlungen-, Industrie- und Verkehrsflächen, zu.

Das Ziel der Umweltstabilisierung verlangt daher eine **langfristige Strategie für den Siedlungsverbrauch**. Es ist an der Zeit, einen obersten Umfang der Siedlungsfläche zu fixieren, der den oben erwähnten ökologischen und landwirtschaftlichen Aspekten Rechnung trägt und allmählich — in jährlich abnehmenden Raten — ausgenutzt wird; diese oberste Siedlungsfläche bestimmt also das Niveau, auf dem sich die Bautätigkeit nach allmählicher Annäherung auf dem für Ausbau und Renovationen nötigen Niveau stabilisiert. Eine weniger weitgehende Alternative wäre vorerst, als Zielvorstellung für einen genügend langen Zeitraum (von mindestens 4 Jahren), eine spürbare Verringerung der Zuwachsraten bei der Umwidmung von Freiflächen in Siedlungsflächen zu erreichen.

**Bezüglich der Umweltgüter Wasser, Luft und Boden** ist noch hinzu-zufügen: Der Umweltschutz war bis dahin mit Schwergewicht auf dem Gebiet der Konzentration und Verdünnung der Abfälle und Emissionen tätig. Auch bei einer gründlich imputorientierten, umfassenden Umweltpolitik wird es immer Verschmutzungen geben, die erst im nachhinein beseitigt werden können. Es stellt sich dabei die Aufgabe, die Obergrenze der Verschmutzung bzw. Verunstaltung der einzelnen Umweltgüter (Luft, Wasser, Boden bzw. Landschaft) pro Region zu bestimmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Zeitverzögerungen eine wirksame Bekämpfung negativer Folgen der Verschmutzung erschweren: treten erste Symptome auf, so kommen die Schutzmaßnahmen oft schon zu spät. Würde eine Obergrenze überschritten, hülften Umweltschutzmaßnahmen nichts mehr; es darf also gar nicht so weit kommen.

Grundsätzlich ist daher eine Stabilisierung der Umweltbelastung gemäß **Vorsorgeprinzip** anzustreben. Dieses Prinzip geht von der Erkenntnis aus, daß es meistens zu spät ist für eine Schutzmaßnahme, wenn man sie erst ergreift, nachdem die Schäden festgestellt sind. Umweltschutz würde dann immer mehr zu einer bloßen Funktion der Meßverfahren der effektiven Verschmutzung werden. Dabei ist immer auch zu berücksichtigen, daß die Einleitung der Schutzmaßnahmen sowohl aus technischen wie aus politischen Gründen mit großen Zeitverzögerungen verbunden ist, und es komplizierter und aufwendiger ist, umweltbelastende Anlagen und Betriebe nachträglich zu ändern, als Neues von Anfang an umweltgerecht zu gestalten.

Aus diesen knappen Bemerkungen zur Präzisierung des Begriffes Umweltstabilisierung im Rahmen des qualitativen Wachstums möchte ich zur Behebung allfälliger Mißverständnisse hinzufügen, daß diese Operationalisierung der Umweltstabilisierung in der Wirtschaftspolitik keineswegs eine Erhöhung der Staatseingriffe zur Folge haben muß. Vielmehr könnte daraus — vom Postulat einer genügenden Selbstversorgung vielleicht abgesehen — ebensogut die Forderung eines Rückzuges des Staates aus der Wirtschaft gefordert werden, denn zweifellos ist ein so starkes quantitatives wirtschaftliches Wachstum mit der entsprechenden Umweltbelastung, wie wir es erlebt haben, nur möglich, weil der Staat im expansiven Sinne bereits massiv in die Wirtschaft eingegriffen hat und weiterhin eingreift





Ich habe letzte Woche am Deutschen Katholikentag in Berlin teilgenommen. In dem Forum, an dem ich teilnahm, wurde über die Frage „Anders leben — aber wie?“ gesprochen. Im einleitenden Referat machte der Hauptredner, Pater Constantin aus Petropolis, Brasilien, einige Feststellungen, die ich hier zum Schluß anfügen möchte. Er sagte: „Es ist sicher wahr, daß die Rationalisierung mit dem Ziel, Arbeit einzusparen, nicht immer der Kultur und der Menschlichkeit dient. Wieder auf „arbeitsintensiv“ umzuschalten, nicht im Sinne des „im Schweiß deines Antlitzes“, sondern im Sinne differenzierterer Einzelherstellung mit Einsatz von Phantasie und Herz neben Sachverstand und Fachkompetenz, würde die vermasende Serienherstellung mit ihren vielfältigen Folgen, die menschliche Verflachung und Abstumpfung, vermindern. Dafür würden wieder mehr Einzelprodukte mit Charakter und Individualität möglich. Ich bin so einfältig, zu glauben, daß dadurch viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Das nagende „schlechte Gewissen“ wäre dann bei Herstellern, Verkäufern und Verbrauchern ebenfalls weg, und das wäre kein geringer Glücksfaktor.“

Dafür muß ein Preis gezahlt werden. Ich bin nicht einfältig genug, das zu übersehen und es mir zu verhehlen. Indes: ist der Preis, den man für den Amoklauf ins Verderben bedenkenlos zahlt, denn nicht weit höher? Es ist ja wirklich nicht so, daß es nur auf der einen Seite einen Preis zu zahlen gibt. Daß es nicht so weitergehen darf, daran zweifelt ja niemand. Warum nimmt man diese Überzeugung nicht ernst genug?“

Das Modell Steiermark ist, denke ich, ein Ansatzpunkt, um diese Überzeugung ernst zu nehmen und so einen Ausweg aus der Wohlfahrtsfalle zu finden.

Univ.-Prof. Dr. Hans Binswanger,  
Hochschule St. Gallen

Geboren am 19. Juni 1929.

Studium der Volkswirtschaftslehre in Zürich und Kiel.

1957 bis 1967 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

1967 Habilitation mit einer Habilitationsschrift über „Markt und internationale Währungsordnung“.

1968 Wahl zum Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen. Vorsitzender der Leitung der „Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie“ an der Hochschule St. Gallen.

1969 Antrittsvorlesung über das Thema „Wirtschaftliches Wachstum — Fortschritt oder Raubbau?“

1972 bis 1978 Leitung des vom Schweizerischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung finanzierten Forschungsprojekts „Neue Analysen für Wachstum und Umwelt“ (NAWU).

1979 Herausgabe (zusammen mit W. Geissberger und T. Ginsburg) einer Kurzfassung der Forschungsergebnisse unter dem Titel „Wege aus der Wohlstandsfalle — Der NAWU-Report: Strategie gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung“ (S. Fischer Verlag).

Die Diskussion  
in der Steiermark  
Modell Steiermark

# EIN DOKUMENT DER RATLOSIGKEIT

**A**ls 1972 ein Büchlein mit dem Titel „Rote Markierungen“ erschien, mit sieben Beiträgen zur „Ideologie und Praxis der Sozialdemokratie“, wurde damals ein wichtiger Beitrag geliefert zu einer Grundsatzzurückbildung, der lediglich, aber entscheidend der Widerpart auf der ÖVP-Seite fehlte. Die SPÖ stand damals noch mit aufgekrempten Ärmeln am Beginn einer von ihr dominierten Phase der österreichischen Innenpolitik, ein freies Feld lag vor ihr. Nicht die Frage, was sozialistische Politik ausmacht, stand im Vordergrund, sondern wie groß die Häppchen sein dürften, die man den entscheidenden Wählerschichten verabreichen dürfe, ohne die Mehrheit und damit das Vehikel sozialistischer Politik zu gefährden. Das mittlerweile geflügelte Wort von der Doppelstrategie brachte damals Dr. Heinz Fischer ins österreichische Politik-Vokabular.

Kaum acht Jahre später, 1980, veröffentlicht Heinz Fischer wieder ein Buch mit dem Namen „Rote Markierungen“. Die Autorenzahl ist mittlerweile von sieben auf siebzehn explodiert. Die inhaltliche Substanz entwickelte sich dagegen verkehrt proportional. Versucht man, die Artikel auf einen Nenner zu bringen, dann drängt sich der Eindruck eines Dokumentes der Ratlosigkeit auf. Eine Ratlosigkeit, die in den besseren und ehrlicheren Beiträgen mitunter sehr unverblümt beim Namen genannt wird (Matzner, Leser, Fischer-Kowalski, Nowotny), die bei vielen schwächeren Beiträgen aus der Feder sehr prominenter Autoren mehr oder weniger geschickt mit platter Propagandaroutine oder Sprachkunststücken überspielt wird, aber genau deshalb umso peinlicher sichtbar wird.

Das trifft Fischer in vorderster Linie, der lediglich in einem einzigen kurzen Absatz eine wirkliche Bombe in die Hand nimmt, aber schnell weglagt, als hätte ihm geschwammt, daß er damit dem Salzburger Programm und dem Subsidiaritätsprinzip in die weit geöffneten Arme läuft und einige Jahrzehnte sozialistischer Praxis in Frage stellt. Gemeint ist jene kurze Anmerkung, mehr ist es wirklich nicht, in der Fischer überlegt, ob staatliche Förderungen nicht künftig an den Nachweis wirklicher Bedürftigkeit und Einkommensgrenzen gebunden werden sollten. Schade, er hätte eine wirkliche Grundsatzzurückbildung auslösen können, hätte er diesen Gedanken ein wenig ausgeführt und durchgedacht und sich dafür den übrigen eher schwachen Aufblühen der erläuternden Bemerkungen zum neuen SPÖ-Programm gespart.

Was die Herren Minister Broda (zur Rechtspolitik) und Salcher (zur Umweltpolitik) zu sagen haben, bewegt sich ebenfalls in den indifferenten Bereichen routinierter Sonntagsredner. Anstöße kommen von dort nicht. Wahrscheinlich soll man die von so exponierten Personen, wie es Minister sind, auch nicht erwarten.

Letztere Entschuldigung gilt nicht für Karl Blecha, der mit seinem Beitrag zur Problematik Sozialismus und Christentum den Ruf aufs Spiel setzt, ein intellektuell ernstzunehmender Mann zu sein. Man schlägt seinen Beitrag mit wirklichem Interesse auf, aber das ist denn doch ein wenig zu sehr Holzhammer, wie hier einfach das Christentum nach eher abgestandener Methode auf soziales Engagement reduziert wird und die Christen gegen die böse Hierarchie ausgespielt werden. Und Fragen wie Ehre und Fristenlösung werden in ganzen drei Zeilen abgetan, obwohl doch nicht zuletzt da der Punkt wäre, an dem ein sozialistischer Christ Farbe bekennen müßte, wo es schwierig wird, wo man wirklich in grundsätzliche Fragen des Menschenbildes hineinkommt.

Ähnliches muß man leider auch über einen persönlich von mir sehr geschätzten Mann wie Rupert Gmörser sagen, der in seinem Beitrag über Mitbestimmung und Arbeitswelt gewerkschaftsfromme Erbauungsliteratur abliefern. Beinahe schwer zu glauben, daß der immer originelle, aufmüpfige „Ruperl“ das geschrieben haben soll. Ist er schon so deformiert von seiner Abgeordnetenwürde?

Günther Nenning wiederum frönt seinem neuesten Hobby, den Grünen zu erzählen, daß sie alle in Wirklichkeit nur brave Sozialisten seien und daher dort am besten bedient. Und wo es an zündenden Argumenten fehlt, da ist Nenning immer noch für gekonnte ablenkende und verwirrende Wortakrobatik gut. Lustig, aber nicht sehr informativ.



34

Wo der Wurm sitzt, das kann man bei anderen, weniger etablierten und daher weniger zu Rücksichtnahme verhaltenen Autoren lesen. Wenn man sich etwa durch das mühsame Ökonomen-Chinesisch der Marina Fischer-Kowalski kämpft, dann dämmert schon einiges auf, dann wird da genau jene Frage gestellt, auf die die Autoren rundum eine Antwort entweder verweigern oder umgehen. Wie soll das mit der Gleichheit wirklich funktionieren? Da ist einerseits die Gefahr, daß Gleichheit in Zwang ausartet, die von allen mit beinahe schon verzweifelt klingender Intensität in Abrede gestellt wird, da sind andererseits die Angehörigen diverser neuer Klassen, die sich, Marx hin, Marx her, in ihrer neugewonnenen Ungleichheit gefährlich wohl fühlen.

Dieses Leitmotiv wird zum machtvoll drohenden Hauptthema bei den wahrscheinlich wichtigsten Beiträgen von Norbert Leser und Egon Matzner. Beide sprechen schon im Titel die Zukunftsfrage an. Das Dilemma von Bekämpfung einer vorgefundenen Gesellschaft einerseits und andererseits Identifizierung mit dem Instrumentarium zwecks Durchsetzung eigener Ziele. Die Frage, was nach dem Wohlfahrtsstaat kommt. Man dürfe nicht hinter das Erreichte zurückgehen, beschwört Leser die Genossen, die Sozialdemokratie dürfe nicht ihre Hauptleistung vernachlässigen, nämlich „Sicherheit zu produzieren“, sagt Matzner. Aber dann kommt das „aber“. Ebenso unisono warnen diese beiden derzeit wohl wichtigsten ideologischen Denker in der SPÖ vor der bloßen Fortsetzung des bis dato geübten und erfolgreichen Weges.

Eindringlich und mutig warnt Leser vor einer Degeneration zur bloßen Funktionärsherrschaft, ja er greift sogar ein wirkliches Tabu an: Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. Der derzeit die Partei dominierende Pragmatismus der Gewerkschaftsapparate, das technokratische „Machertum“, das sieht er die größten Gefahren für die Zukunft des Sozialismus. Und Matzner sekundiert wenige Seiten weiter mit deutlichen Warnungen vor der schwedischen und englischen „Sackgasse“.

Der Ausweg, den sowohl Leser und Matzner anreizen, ist mehr Offenheit für Selbstorganisation als Ausweg aus dem Dilemma zwischen Marktmechanismen und Staat. Mehr kleine Einheiten, mehr individuelle Vorsorge. Die Frage stellt sich aber, wie dergleichen mit dem Gleichheitsideal unter einen Hut zu bringen ist, das beide gleichwohl als unverzichtbar hochhalten. Dazu fällt ihnen, ebenso wie allen anderen Autoren zu dieser Frage, wenig mehr ein als der Stoßseufzer, daß die Gleichheit schwer zu verwirklichen sei, auf mannigfache praktische Schwierigkeiten stoße, aber eben trotzdem immer wieder versucht werden müsse.

Durchaus lesenswerte Marginalien zu diesem Thema, nämlich aus der nüchternen Sicht des Ökonomen, liefert dann noch Ewald Nowotny. Auch er bekennt sich brav zum Prinzip der Egalität und zur Umverteilung, aber er leuchtet die objektiven Schwierigkeiten detailliert aus. Vor allem arbeitet er heraus, was alles grundlegend umgekrempelt und in Frage gestellt werden müßte, nimmt man das Gleichheitsgebot ernst, und phasenweise hat man den Eindruck, Nowotny wolle hier einen hehren Grundsatz ad absurdum führen. Das Erziehungswesen müßte zunächst einmal total geändert werden, wobei der Autor das Problem der Begabung gar nicht erst anspricht. Er setzt voraus, man könne weitgehend mit materiellen Mitteln „kompensatorisch“ wirken.

Das nächste wäre das Erbrecht, zumindest an Produktivvermögen, dem man den Garau machen müßte, aber überhaupt schon Sparen, Vermögensbildung, vor allem Eigentumsbildung in Realbesitz, wirken massiv gegen die Gleichheit, müßten also — aber da wird Nowotny schon vorsichtig — und sagt das nicht ausdrücklich — im Grunde bekämpft werden. Dann folgt schon das Problem der „Leistungsgerechtigkeit“. Die Frage taucht auf, wer Leistung beurteilt, wenn dies nicht der Markt unter bestimmten Knappheits- und Überflußbedingungen tut.

Daß die Leistungsgerechtigkeit in der Praxis oft eine schiefe Sache ist, damit nennt Nowotny sicher auch bei Konservativen offene Türen ein. einen Lösungsvorschlag vermag er nicht zu machen, außer daß er sich vorstellen könnte, daß die Bankdirektoren ihre Arbeit auch zu niedrigeren Gehältern tun würden. Glücklicherweise ist Nowotny ansonsten nicht so platt. Dann geht es an die „bedürfnisgerechte Verteilung“ mit gleichem, eher fragwürdigem Ergebnis und dann ein interessantes Kapitel, das Problem der „Positions-güter“. Da auch Nowotny eine Gesellschaft nicht denkbar erscheint, in der es ohne Verantwortungsposten und Macht abgeht — wie verteilt man das „Mehr“ an Ehre, Prestige, Macht, Verantwortung bei grundsätzlich kaum gegebener Vermerbarkeit und auch nicht Teilbarkeit dieser Güter unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit?

Und kaum hat der gläubige Konsument des SPO-Programms diesen Brocken verdaut, verpaßt ihm der Autor schon den nächsten: Es sei unbestreitbar, daß ein Übermaß an Ungleichheit dem wirtschaftlichen Fortschritt und der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung schade. Da klatscht sogar die Industriellenvereinigung diskret Beifall. Aber: „Hält man weiteres wirtschaftliches Wachstum für erforderlich — und dies dürfte der Intention einer großen Mehrheit der Österreicher entsprechen —, so wird sich aber jedenfalls ergeben, daß ein gewisses Ausmaß an ökonomischer Ungleichheit als wirtschaftlich funktional akzeptiert werden muß.“

Und damit sind die ratlosen Artisten in der Zirkuskuppel wieder mit dem Gleichheitsproblem am Anfang. Es scheint das einzige zu sein, was als wirklich sozialistisch so etwas wie Zukunftsdimension haben könnte, aber es ist so gut wie nicht verwirklichtbar, wie der Ökonom unbestechlich vorrechnet. Und unbequem ist es auch, wo man es sich doch gerade in den schönen neuen Privilegien nett eingerichtet hat.

Wie schreibt Nennung doch so herzerfrischend zynisch, aber eigentlich tödlich für die ganze Diskussion: „Wer hat, redet von Freiheit, wer nichts hat, von Gleichheit.“ Und damit dürfte er das Dilemma einer zu Macht und lukrativen Posten gekommenen Partei, die gleichwohl an Werten im Gepäck fast nur noch die Gleichheit sieht, gültig formuliert haben.

Bernd Schilcher

# MERK'S ÖVP

Als die ersten „Roten Markierungen“ geschrieben wurden, war die Alleinregierung Kreisky ein knappes Jahr alt. Jetzt, zum zehnten Jahrestag des sozialistischen Wahlsieges, legt Heinz Fischer die „Roten Markierungen 80“ vor. Als einen, wie es im Vorwort heißt, längst fälligen weiteren Beitrag zur Standortbestimmung der Sozialdemokratie.

Auf den ersten Blick fällt auf, daß sich die Zahl der Autoren und Beiträge gegenüber den „Roten Markierungen 72“ beträchtlich erhöht hat, genau von 7 auf 17. Prominentester Neuzugang ist Bruno Kreisky als Einbegleiter, stärkster inhaltlicher Gewinn kommt von Marina Fischer-Kowalski, Ewald Nowotny und Egon Matzner.

Interessant ist aber nicht nur, wer neu hinzukommt, sondern auch wer nicht mehr schreibt. Statt des Sinowatz-Schützlings Hermann, weiland Kämpfer für einen sozialistischen Kulturbegriff und aufgefallen durch harsche Ablehnung Karajanscher Hochkultur, befaßt sich der parteilose Design-Spezialist Peter Noever mit „Kunst und Politik“. An die Stelle des allzu starren Pro-Zwentendorf-ers und Generaldirektors Kienzl ist der Gewerkschafter und Ökonom Sepp Wille getreten. Eva Kreisky, Herbert Salcher, Ina Wagner, Herbert Ostleitner und Peter Jankowitsch sind die weiteren Markierungsneulinge.

Wie sieht es nun aber nach zehn Jahren SPÖ in Österreich aus? Heinz Fischer zieht Bilanz in Frageform: „Wer könnte leugnen, daß Österreich in diesem Zeitraum nicht nur in bezug auf die Entwicklung seiner Wirtschaft und die Erhöhung des Lebensstandards seiner Bevölkerung große Fortschritte gemacht hat, sondern daß auch eine große Anzahl wichtiger Reformen verwirklicht werden konnte, die bewirken, daß Österreich insgesamt moderner, liberaler, offener und pluralistischer geworden ist?“

Kurz gesagt, es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute. Allein der Reallohnzuwachs betrug laut Fischer von 1970 bis 1978 47,5%. Was Fischer nicht sagt: Im gleichen Zeitraum erhöhte sich bekanntlich die Staatsverschuldung von rund 50 Milliarden Schilling auf 200 Milliarden Schilling — also um 200%. Mit anderen Worten, für jeden Schilling Reallohnsteigerung mußten S 2,70 ausgeborgt werden.

Womit sich drei Fragen stellen. Einmal die, ob es unseren Kindern und Enkeln, die das, wovon wir jetzt gut leben, einmal zurückzahlen müssen, auch noch so gut gehen wird? Das ist die Frage nach der Zukunft. Zweitens: Wem geht es um das viele Geld eigentlich wirklich gut? Allen Österreichern oder nur einigen und denen besonders gut? Das ist die Frage nach der Gleichheit. Schließlich drittens: Was heißt das eigentlich — „Gut gehen“? Mehr haben oder mehr sein? Das ist die Frage nach dem Sinn.

Für eine Partei, die das Prinzip der Gleichheit zum politischen Fundamentalprinzip erhoben hat, ist die zweite Frage die entscheidende: Geht es allen Österreichern gleich gut — zumindest ökonomisch? Dazu Günther Nenning:

„Nach -zig Jahren sozialdemokratischer Mit- und Alleinregierung in kapitalistischen Staaten ist die materielle Ungleichheit nicht kleiner, sondern größer. Außer ein paar Jusos scheint das niemand zu stören.“

Egon Matzner:

„Jede neue empirische Untersuchung liefert den Beleg dafür, daß die Ungleichheit in Österreich nach zehnjähriger Regierungszeit der SPÖ auf Bundesebene und bald fünfzigjähriger Regierungszeit in Wien ungebrochen ist.“

Damit droht der Sozialismus, wie Norbert Leser befürchtet, „zu einer Fassade für eine Funktionärsherrschaft zu werden, die kapitalistisches Erfolgs- und Profitstreben mit Allüren eines Neofeudalismus und eines Parteilehenssystems verbindet“!

Auffallendes Symptom dieser Entwicklung sei das schlechte Gewissen der neuen Klasse. Egon Matzner: „Anders wäre es nicht zu erklären, daß die SPÖ-Politiker im Wiener Rathaus eine Untersuchung der Einkommensverhältnisse in ihrem Bereich abgelehnt haben, mit der Begründung, daß kein „magistratsinterner Bedarf“ danach bestehe.“ Und: „Die häufige Weigerung von SPÖ-Millionären, über ihr Einkommen öffentlich auszusagen, oder ihre Unfähigkeit, sich an die genaue Höhe ihres Reichtums zu erinnern, sind nichts anderes als Ausdruck des Bewußtseins, daß das Einkommen eine Höhe erreicht hat, die ethisch nicht mehr legitimierbar ist.“

Diese neue Kluft zwischen oben und unten kennt im Wohlfahrtsstaat viele Verstärker. Der eine liegt in der wuchernden Gesetzesflut. Nur wer heute die Gesetze und alle Auslegungskünste kennt, wer Beziehung zur herrschenden Klasse hat, der erhält auch die meisten Segnungen des Wohlfahrtsstaates. Das sind aber mit Sicherheit nicht die Schwächsten der Gesellschaft. Eine IFES-Untersuchung hat gezeigt, daß von den 150.000 einkommensschwächsten Steirern nur 8% Sozialhilfe aus dem Ressort des sozialistischen Landessrats erhalten. Das heißt aber, daß 92% der Sozialhilfe an Personen gehen, die jedenfalls nicht so bedürftig sind.

Ewald Nowotny: „Ungleichheiten resultieren nicht nur vielfach aus ökonomischer Ungleichheit, sie können umgekehrt auch wieder dazu beitragen, ökonomische Ungleichheiten zu perpetuieren, etwa durch unterschiedliche Möglichkeiten und Fähigkeiten, sich der Dienste der öffentlichen Verwaltung zu bedienen.“

Ein weiterer Verstärker der Ungleichheit ist die sogenannte Objektförderung. Jahrzehntlang haben Sozialisten erklärt, man dürfe staatliche Leistungen und Subventionen nicht vom Einkommen des einzelnen abhängig machen. Andernfalls würde man die Armen sozial stigmatisieren.

Also fördert man Wohnungen ohne Rücksicht auf ihre Bewohner, zahlt man Heiratsprämien, Schülerfahrten, Schulbücher usw., ohne danach zu fragen, ob sie einem Millionär oder einem armen Schlucker zugute kommen. Erst unlängst erklärte der Bundeskanzler, daß jede andere Form der Förderung zu teuer käme. Und Frau Staatssekretär Eipeltauer will als große sozialpolitische Tat „Startwohnungen“ für junge Menschen fördern.

Ganz anders die „Roten Markierungen“. Ewald Nowotny: „Der Streuungsverlust einer Objektförderung, das heißt, die Begünstigung solcher, die hinsichtlich dieser Elementargüter keine Begünstigung brauchen, wächst. Dazu kommt das Hineinwachsen großer Gruppen von Lohnabhängigen in die direkte Besteuerung, was dazu führt, daß in noch höherem Umfang als früher die Umverteilung nur innerhalb der Gruppe der kleinen bis mittleren Einkommen erfolgt, dies aber mit erheblichen bürokratischen Reibungsverlusten.“

RO RO RO RO RO

Wer hat also recht? Kreisky/Eipeltauer — oder Nowotny?

Die Erkenntnis, daß materielle Ungleichheit ausgerechnet unter sozialistischer Politik wächst, daß einfach — wie Marina Fischer sagt — ein „Herrentausch“ stattgefunden hat, erzeugt unter vielen Sozialisten einen starken moralischen Schock. Umso mehr, als dieser Makel kaum durch erhöhte persönliche Glücks- oder Sinnerfahrung aufgewogen wird. Im Gegenteil. Marina Fischer-Kowalski:

„Einer der wichtigsten Mängel ist der Mangel an Zeit. Das Mißverhältnis zwischen der geringen technologisch notwendigen Arbeitszeit... und der ungeheuren Zeitnot und Hetze, die sämtliche Lebensäußerungen bestimmen, ist geradezu grotesk. Ein anderer Mangel ist der an Liebe, froher Sinnlichkeit und freien sozialen Beziehungen.“ Und: „Wen die Kategorie des künstlichen Mangels nicht überzeugt, der halte sich an die auffälligen negativen Erscheinungen, die gesellschaftlichen Anomien, wie es so schön heißt, ... Selbstmorde, Alkoholranke, Zwangspsychiatrisierte und Verkehrstote. ... Besonders glücklich scheinen die Menschen unter den herrschenden Verhältnissen nicht zu sein — und mich tröstet nicht, daß es anderswo nicht besser sein soll.“

Heftig beklagt die Politologin die gewalttätige Vernichtung von Geschichte im Namen des sogenannten Fortschritts. Marina Fischer:

„Es wäre grundlegend falsch, darüber hinwegzusehen, daß die von der Sozialdemokratie wesentlich mitgetragene Fortschrittstheorie ihre reale Basis in der Befriedigung elementarer und berechtigter Bedürfnisse der Menschen gehabt hat — andere Bedürfnisse jedoch hat sie verkümmern lassen und was schlimmer ist, den Fortschritt in Richtung Destruktion der Menschheit überhaupt nicht behindert.“

Für wen also ist dieses Österreich wirklich moderner, liberaler und lebenswerter geworden? Bestimmt nicht für die wachsende Gruppe der, wie Nöefer sie nennt, „Aussteiger“: der Alternativler, der Bürgeraktivisten, der Staatsverdrossenen, der Grünen, der Sinnsucher.

Es ist offenbar ganz und gar nicht so, wie Rupert Gmoser meint, daß man diesen Gruppen die Gretchenfrage stellen müßte: Wie haltet ihr's mit dem Rechtsstaat, mit der Gewalt? Schon eher wird die ganze Alternativbewegung zur Gretchenfrage für die Sozialdemokratie. An ihr scheiden sich auch die Geister der „Roten Markierer“. Da gibt es auf der einen Seite die selbstbewußte Antwort des Machtpolitikers Heinz Fischer:

„Nach wie vor ist die Sozialdemokratie die größte Alternativbewegung des zwanzigsten Jahrhunderts.“

Im Verhältnis zur Wirklichkeit ist das Vogel Strauß in Reinkultur. Auch für Gmoser sind diese neuen Gruppen bestenfalls eine Herausforderung zu noch mehr Reformpolitik. Dies, obgleich die Alternativbewegung ihrerseits gerade das jüngste Kind des Reformsozialismus ist.

Ganz anders daher auch Günther Nenning: „Das Gewimmel der Bürgerinitiativen, widersprüchlich wie es ist, ist der Beginn einer großen, neuen Gleichheitsbewegung. Merk's, Sozialdemokratie“.

Das ist Midas-Sozialismus. Alles, was Herr Nenning angreift oder aufgreift, gerät ihm zum Sozialismus. Aus der Bürgerbewegung wird die Gleichheitsbewegung. Aus der Gefühlsbewegung ein Gefühlssozialismus. Nenning: „Gefühl ist ein sozialistischer Grundwert.“ Fehlt also heute das Gefühl, dann fehlt der Sozialismus. Kommt der Sozialismus, dann kommen wieder Gefühl und Gleichheit. So einfach ist das.

Andere tun sich freilich schwerer mit der Zukunft der Sozialdemokratie. Ewald Nowotny nimmt Zuflucht bei Günter Grass: „Fortschritt im Schnecken tempo.“ Wohin — das ist so ziemlich ungewiß. Man spürt quer durch die „Roten Markierungen 80“: Der alte Schwung ist weg. Dahin wie der Glaube an die Macht der Institutionen. Kein Wort mehr vom Vertrauen in den Staat. Für Nowotny etwa geht es darum, Menschen künftig dazu zu bringen, „mehr als bisher ihre Probleme in solidarischer Kooperation mit anderen selbst zu lösen“. Das ist der selbständige Mensch, die gute alte Nachbarschaftshilfe.

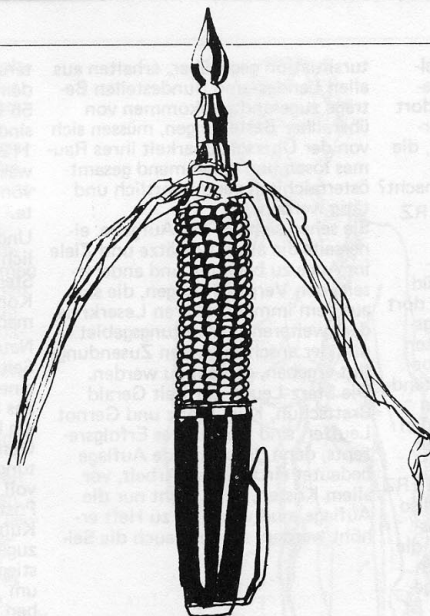
Noch deutlicher wird Egon Matzner. Für ihn führt der „Österreichische Weg“ direkt in die Sackgasse. „Eine weitere generelle Ausweitung der materiellen Produktion und der Institutionen des Sozialstaats ist nicht mehr wie in der Vergangenheit imstande, existentielle Sicherheit für alle zu gewährleisten.“

Was ist dann aber die Zukunft der Sozialdemokratie? Egon Matzner: „Die Rekonstruktion der zivilen Gesellschaft.“ Merk's, ÖVP.

Markierungen  
Rote Markierungen  
Rote Markierungen  
Rote Markierungen  
Rote Markierungen

Markierungen  
Rote Markierungen  
Rote Markierungen  
Rote Markierungen  
Rote Markierungen





# Sterz

*im Aufwind*

## Zur Zeitung:

Hypothese: Marktlücke: In der Weststeiermark besteht keine Publikation, die es ermöglicht, kontinuierlich eigene Produkte erscheinen zu lassen.

Funktion: Wechselwirkung von Produzenten und Lesern.

Die Zeitung ist ein Forum, das sowohl kulturell Interessierten die Möglichkeit zur Veröffentlichung bietet, als auch Anreiz geben soll, einen neuen Kreis von Interessenten zu erfassen.

Ziel: Kultur ohne Normen: Kultur bedeutet nicht etwas Erhabenes und Hehres, das einer Elite vorbehalten ist, sondern jenes Sichtbarmachen subjektiven Gestaltens. Wir leben in einem dem einzelnen nicht bewußten Kulturkreis. Erst durch die kreative Fixierung als Teil der Selbstverwirklichung genügt sie ihrem Anspruch. Kultur kann von jedem gemacht werden.

## 1980:

STERZ 12 ist ausverkauft mit einer Auflage von 4.000 Stück, was ungemessen viel ist für eine unabhängige Kulturzeitschrift mit vorerst noch regionaler Verbreitung, in der Steiermark und, in einem gewissen Grad, in Wien.

STERZ 13 muß mit einer Auflage von 6.000 Stück gedruckt werden, um den epidemischen STERZ-Heißhunger zu stillen.

## Gründungsmanifest

Der Sterz ist nichts anderes, als der uralte Brei der Körndl- und Bergbauern - nur sagt in Österreich niemand 'Brei' sondern 'Koch, Mus, STERZ oder Plenten'. (Aus Franz Maier-Bruck: "Das große Sacher Kochbuch")

Der STERZ muß locker sein, darf aber trotzdem nicht bei den Ohren herausstauben, das heißt, er muß fett genug sein.

Wie erklärt sich diese Erfolgsmeldung von einer auf dem Land gemachten Kulturzeitschrift, die dort reüssiert, auch noch die Stadt erobert und eine Auflage erreicht, die STERZ zur größten Kulturzeitschrift ihrer Art in Österreich macht?

Was sind das für Leute, die die STERZ lesen, wo sind die zu Hause?

Sterz hat, noch aus seiner Gründungszeit eine starke Basis im südweststeirischen Raum und wird dort in so ziemlich allen Bevölkerungsschichten gelesen, von Landwirten und Arbeitern, Lehrern, Gewerbetreibenden und anderen Mittelständlern, von Jugendlichen, Betagten und was an Altersstufen die beiden verbindet, von Schwarzen, Roten, Blauen und Grünen, alle sind STERZ-Konsumenten, denn STERZ kennt (fast) keine Grenzen. Und so wird STERZ in der Stadt mindestens genau so gerne konsumiert, die Verkaufszahlen in Graz und Wien signalisieren auch dort einen allgemeinen Bedarf nach STERZ. Es ist wirklich mehr als verwunderlich, daß Landprodukthändler an die Städter etwas anderes verkaufen als Nahrungsmittel, frische Luft und abgestandene Folklore.

Die Leute, die ursprünglich ein lokales Bedürfnis orteten, für Weststeirer schreiben, sie zur Produktion anregen wollten, sehen sich plötzlich der gesamtösterreichischen Kul-

tursituation gegenüber, erhalten aus allen Landes- und Bundesteilen Beiträge zugesandt, bekommen von überallher Bestellungen, müssen sich von der Überschaubarkeit ihres Raumes lösen und zunehmend gesamtösterreichisch verantwortlich und tätig werden.

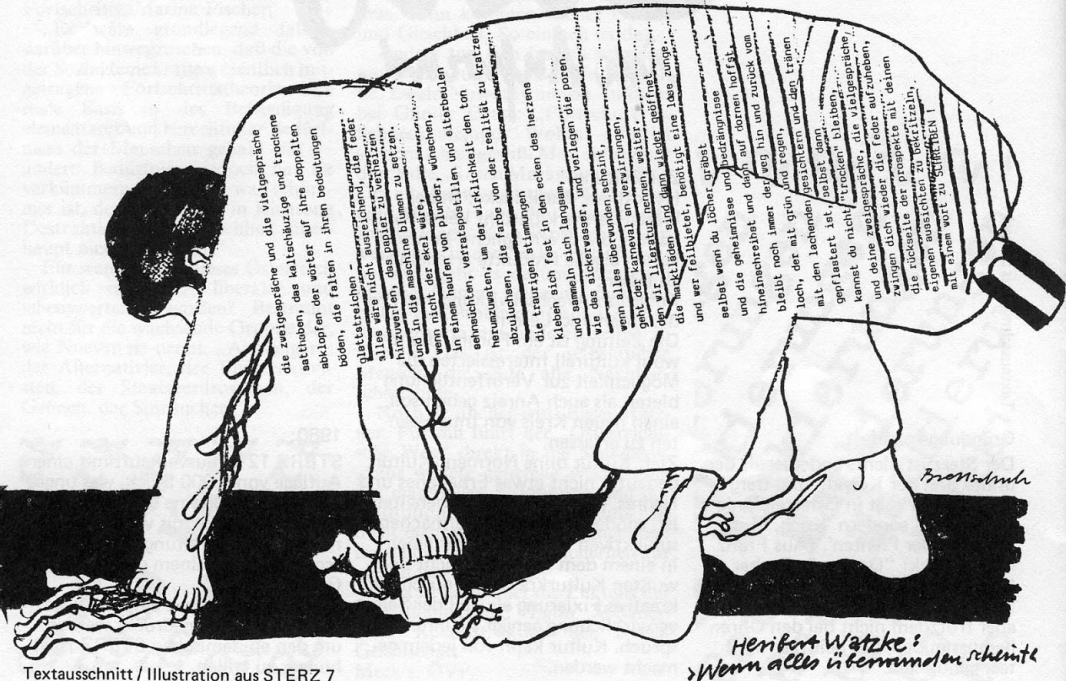
Sie sehen sich vor der Aufgabe, einerseits die alten Vorsätze und Ziele im Auge zu behalten und andererseits den Verpflichtungen, die sich aus dem immer größeren Leserkreis, dem weiteren Verbreitungsgebiet und der anschwellenden Zusendungsflut ergeben, gerecht zu werden. Die Sterz-Leute, zur Zeit Gerald Brettschuh, Kurt Franz und Gernot Lauffer, sind Opfer ihres Erfolgsrezepts, denn die steigende Auflage bedeutet ein Mehr an Arbeit, vor allem Kosten, denn nicht nur die Auflage muß von Heft zu Heft erhöht werden, sondern auch die Sei-

tenzahl, die bei der letzten Ausgabe, dem 12er STERZ, sage und schreibe 56 Din-A-3 Seiten ausmachte. Das sind im normalen Magazinformaat 112 und im Buchformat 224 Seiten, was übers Jahr gerechnet ein Buch von annähernd 1.000 Seiten erbrächte.

Und 35,- pro Heft sind dafür herzlich wenig (120,- Abo/Jahr), aber Sterz sieht seine Aufgabe darin, Kommunikation und nicht, Geld zu machen.

Natürlich sind die großformatigen Seiten nicht so eng bedruckt wie die eines vergleichswiseigen Buches, denn das STERZ-Rezept beinhaltet auch ein kunstvolles Lay-out, eine lockere Gestaltung, eine lustvolle Aufbereitung, lustvoll für die Gestalter, lustvoll für die Leser, denn ein weiteres Postulat des Sterzrezepts ist:

Kultur soll Spaß machen, soll leicht zugänglich sein, zumindest im "Einstieg", wenn der Schwierigkeitsgrad, um bei der Klettersprache zu bleiben, auch bei einigen Beiträgen ganz schön zunehmen kann.



Textausschnitt / Illustration aus STERZ 7

Heribert Watzke:  
»Wenn alles überwunden scheint«

Ansprechend und künstlerisch hochstehend ist auch die Gestaltung der Werbung. Die Inserate, die "Kunstchef" Gerald Bretschuh in seiner unnachahmlichen Art zeichnet, passen sich nahtlos ins STERZ-Geschehen ein. Sie finden überdurchschnittliche Beachtung, denn sie sind das, was gute Werbung sein sollte, ein positiver Erreger von Aufmerksamkeit. Und tatsächlich sind die Namen der inserierenden Unternehmen den STERZ-Lesern ein Selbstverständlicher Begriff, verbinden sie doch damit ganz bestimmte Zeichnungen und raffinierte Serien von des Bretschuhs Hand.

STERZ soll aber nicht nur Spaß machen, einen leichten Einstieg in kulturelle Bereiche vermitteln, STERZ will auch zum Nachdenken anregen, Diskussionen provozieren, Stellungnahmen herausfordern. Darum hat jedes Heft ein eigenes Thema, eine Problematik, die in der Luft liegt, die wichtig ist, zu der es viele kontroverse Meinungen gibt. "Das Leben und die Kultur am Land", "Frauen", "Flucht" und "Bildervisuelle Kommunikation" sind einige davon.

Es werden Autoren eingeladen, die ihren Standpunkt essayistisch, provokant und oft auch polemisch formulieren, die Leser werden aufgefordert, sich zu beteiligen, literarische Versuche einzusenden, Stellung zu beziehen, Illustrationen zu produzieren. Der Anfänger steht oft neben dem "Profi". Dazu wird das Thema für die nächsten Hefte angekündigt: Im Herbst: "Warum lesen, warum schreiben?" und im Winter vielleicht: "Zukunft".

Die STERZ-Bauern sind Nebenerwerbsbauern, das Sterzmachen ist ihr Steckenpferd, ihre Spielwiese



Am schlimmsten wachsen sich die Vertuschungsversuche des Herkunftsrates aus. Da wird herumgedrückt und die Nähe der Landeshauptstadt gesucht. Auskünfte will man am liebsten in einer unbekannten Fremdsprache geben. Doch dies dauert nur so lange, so lange man sich aufgebracht, dann bleibt die Hilflosigkeit der eigenen Person und des eigenen Körpers als Rückzugsgelände. Man verzettelt sich aus, flüchtet in die Krankheit und findet nur mehr so Bestätigung der eigenen Existenz. Krank ist man auf den "flachen" Land genauso gefragt, wie in der Stadt. Man spricht die gemeinsame Sprache der Beipackzettel und der Sprechzimmerodysseen.

Da es mir noch nicht gelungen ist, die graue Alltagswelt meines Herdflückens abzustreifen - trotz unzähliger Hemdungen - bin ich zurückgekehrt in die Sandgrube meiner Kindheit. "Die Suche nach der verlorenen Zeit" ist damit eingeleitet worden. (Es ist bezeichnend, daß man als gebildeter Ländler selbst "Heimsuchung" nur mehr in-erlernten Metaphern ausdrücken kann.) Doch der erwünschte Rutsch an den heimelichen Herdwurde zu einer Fahrt ins Eisreich der Einzelhaft.

Der heimeliche "Wortsalat" schmeckt fremd auf der Zunge. So wird man scharf gemacht für das Nebensächliche und Abseitige, für die Steine in den Wegen der neuen, "alten" Mitbürger. Für das nachfolgend Geschriebene ist die Voraussetzung und Erfahrungshintergrund. Aber es wäre nicht vollständig, ließe ich die Erfahrungen des Graser Kulturbetriebes weg. Seit kurzen brennen die Probleme "Hoher Kultur" ledig, reduziert sich so manch großer Horizont zu einer Gucklochansicht. In man das papulige und espenlaubartige der eigenen Seele für einige Zeit über hat, spürt man ganz langsam das Gewicht dieser Welt auf der richtigen Schulter. Die vielen großen und kleinen Dinge stellen sich gar nicht als Unglücke heraus, sollten sie auch wunschlos vorübergegangen sein.

Die bittere Mitzellei hat ihren Grund nicht allein in der "Heimatlosigkeit" des Autors, sondern auch in den Erfahrungen und Erfahrungen, die er als Kulturaktivist auf den Dörfe sammeln konnte.

Es hat sich gezeigt, daß Bedürfnisse, die ich als Einzelner habe, gar nicht nur die meinen allein sind, sondern eine Vielzahl von Marktbewohnern betreffen. Vor allen die Jüngeren unserer Gemeinde waren und sind von der kulturellen Wüstenei betroffen. Wir beschlossen deshalb gegen diese Brache etwas zu unternehmen. Wir, das sind ein paar Junge Mitbürger aus dem Markt St. Martin bei Graz. Nun verfällt man als "Gebildeter" mehr leicht den Verführungen der eigenen Ausbildung. Man übernimmt die Kulturbegriffe in Inhalt und Wort. Gleich einem Missionar zieht man dann durch das Dorf. Doch nicht nur die zu konsumierenden Anbote bleiben im Rahmen "klassischer" Bildung, auch die aktiven zu Problemstellungen anregenden Veranstaltungen fallen aus ihm nicht heraus. Kultur und ihre Erzeugung wird zur Ware der Freizeitindustrie. Gesondert von den Dingen des alltäglichen Lebens, die sie der Erbauung und des Erkenntnis, die mehr "Offenbarung" ist als Hilfe. Probleme der Menschen auf dem Lande werden nur in jenem Teil des "Kulturtags" angesiedelt, der sie in die zerfallende Gesellschaft wieder integrieren kann, oder dies zu können vorgibt. Nehmen nun die Menschen auf den Dörfern die "Kulturproduktion" selbst in die Hand, sieht man gleich den Sumf des Kitchens und der Putzigkeit weiter wachsen.

Die einen betrachten das Land als den hehren Urquell völkischer Kultur, siedelnd auf Boden und Scholle. Für sie gibt es einen Zerfall des "Ererbten". Ihre Bestrebungen laufen auf die "Aufzucht" der "Erthoff"-Kultur hinaus. Dann gibt es die zweiten, die in all dem, was laodur und laodur als Kultur des Landes angesehen wird, einen Tagbau für die Souvenirindustrie und des Heimatabendtourismus sehen. Und schließlich die dritten, sie flüchten aus den "Hochburgen" des Kapitalismus in die "klare" Luft des Landes. Dort wollen sie das Wahre finden. Was sie aber suchen, ist nur die "Ware", die sich gegen alles tauschen läßt und dabei einen selbst nicht zu einer Sache macht. Sie sind enttäuscht, daß die Landbevölkerung mit Freuden in die fallen des Kapitalismus rennt. "Small is beautiful" empfehlen sie und verkennen, daß ihr "Landleben" auch nach ein Angebot der allmählichen Warenkataloge des Kapitalismus ist.

In unserem Dorf standen wir und stehen wir diesen drei Kulturrettersaffeln gegenüber. Man darf getrosterweise bekennen, daß sich die Gruppe der Kulturaktiven selbst aus Angehörigen des oben genannten Mannschaften zusammensetzt.

So bauen die einen Altäre für die "neuen" Götter, die anderen pflegen die Gräber ihrer gefallenen "Heldenkultur". Die Bewohner des "flachen" Landes schließlich haben die ewig Gewässen. Es gilt also scharf zu machen gegen den Breisberg; sein Mus ist der Schmus der Wörter, die der Kultur auf dem Lande auf die Füße helfen wollen. Scharf zu machen gilt es auch gegen die gewalttätigen zerstörerischen kapitalistischen Kultur, die jedem Menschen als Einzelnen von seiner Familie, von seiner Gruppe abtrennt. Als Überschrift zu einem Fährplan für eine Reise auf "dem Lande" sei hier Ernst Bloch zitiert: "Die vergangenem wie lebenden wie künftigen Kulturen konvergieren einzig in einem noch nirgend ausreichend manifesten, wohl aber zureichend antizipierten Humanum." Über die Einleitung in die Philosophie". Band 1, 7. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1971. S. 202.

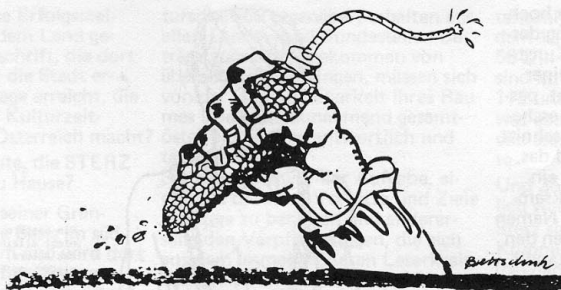
Vorrede; Versuch 2

Als Kind des Landes, nämlich des "flachen", habe ich schon viele Kultivierungs-kampagnen über mich ergehen lassen müssen. Geboren in einem Weiler, aufgewachsen in einem Marktflecken und ausgebildet in der Landeshauptstadt, war der Weg gezeichnet mit Steinen der Anpassung, die für unsern von Lande bereitgehalten werden.

Man dient sich hoch. Was gefordert wird, sind Verzicht und Unterwerfung. So kämpft man nicht nur gegen die diskriminierenden Ausgangsbedingungen, sondern auch gegen noch nicht erlernte und durchschaute Herrschaftsmechanismen. Unter diesen Bedingungen beginnt man sich selbst aus das Maul zu schmeißen, korrigiert sich schon vor der erwarteten Rüge und verzachtet alles, was einmal etwas bedeutet hat. Man verzachtet, von den Handzeichen des Vaters loszukommen, bemüht sich, die Wörter, die die Mutter gerne verwendet, zu unterdrücken. Man achtet auf geputzte Schuhe und gebürstete Stulpen.

Heribert  
Watzke  
Gräber,  
Götter  
und  
Geschäfte





Wien ist des STERZens "Mann in Wien". Sie macht die Wien-Beilage, die die dortigen STERZ-Koch- und Konsumsehnsüchte befriedigen soll. Wieso Wien? werden möglicherweise einige Steirer befremdet fragen. Ein weiteres Ingredienz im STERZ-Rezept ist das des Dialogs, des Gedankenaustausches wie der zwischen Stadt und Land und in diesem Fall zwischen Bundesla(e)n(d)ern und der Bundeshauptstadt.

Zwar glauben die STERZler, daß in Zeiten des Telefons und der gut ausgebauten Verkehrsverbindungen, des hochentwickelten Medienverbundes von Radio, Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften kulturelle Informationen auch auf dem Land in hohem Maß zugänglich sind, und der allgemeine Zuzug vieler Kreativarbeiter in die Ruhe und Beschaulichkeit des Landes verbessert die Lage zusätzlich, aber immer noch sind die großen Städte der Ort, wo Wesentliches auf dem Sektor von Kunst und Kultur entsteht und passiert. Doch das Land entwickelt sich zusehends zu einem ernstzunehmenden Dialogpartner, wie sonst wäre wohl der kometenhafte Aufstieg von STERZ zu erklären.

Sterz ist zu einer Lawine geworden, die die, die sie losgetreten haben, zu verschütten droht. Die redaktionelle Arbeit, die Verwaltung und

die Beschaffung der nötigen Geldmittel nehmen immer mehr Zeit in Anspruch, ganz abgesehen von der Produktion der Druckvorlagen, bei der die gestalterische Komposition, das Lay-out, mit der Schlußredaktion zusammenfällt. – Und darin liegt vielleicht auch einer der Reize von STERZ, daß Redaktion und Produktion in einer Hand liegen, daß Form und Inhalt aus einem Guß sind, handwerklich hergestellt, die Überschriften selbst von alten Holz- und Bleisätzen abgezogen, der Satz auf einem eigenen Setzgerät gefertigt, sodaß alle Möglichkeiten des Offsetdrucks voll ausgeschöpft werden können.

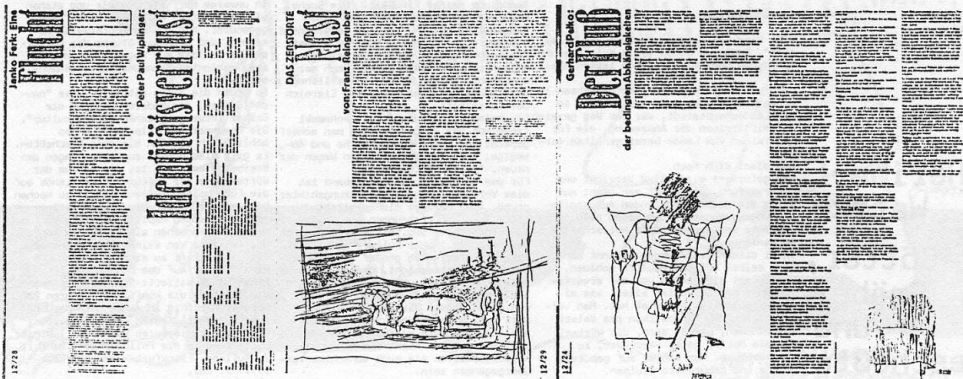
STERZ gibt es in fast allen Grazer Buch- und Zeitschriftenhandlungen, und in vielen steirischen und einigen Wiener Buchhandlungen.

Anfragen an die Adresse 8552 Eibswald 220, Abos oder Kostproben an 8430 Leibnitz, Leop.Feßlerg. 28.

oder ihre "Sandkiste", wie es im Innenumschlag des 12er-STERZes heißt.

Gerald Brettschuh, zuständig für bildende Kunst, ist ein Maler und Grafiker, der nach langer Wanderschaft wieder in seinen südsteirischen Heimatort Arnfels zurückgekehrt ist, Kurt Franz ist in Eibswald zu Hause und ißt dort das harte Brot des freien Schriftstellers. Mit seinen hintergründigen Stücken ist er eben im Begriff, "die Bretter, die die Welt bedeuten" zu erobern. Er betreut im STERZ den weitgespannten Sektor der Literatur. Gernot Lauffer, Architekt in Graz, betreibt den kulturpolitischen Teil des STERZ-Geschehens. Zusammen mit Brettschuh zeichnet er auch verantwortlich für die äußere Erscheinungsform der Zeitschrift, für das Lay-out. Marlies Breier, Brettschuhs Schülerin aus seiner Zeit auf der Angewandten in Wien, mit Doppelwohnsitz in Oberedelstauden und

40



## Schlichte Gedanken gegen komplizierte Techniken

Die Technik als neutrales Instrument, durch den vorwärtstrebenden Geist des Menschen zu immer neuen Triumphen vervollkommen, einsetzbar für jeden beliebigen Zweck, ein williger, dem Menschen jeweils dienstbarer Geist — die Zeit jener Attribute scheint für die Technologien jeder Art weitgehend vorbei zu sein. Immer mehr wird die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß jenes neutrale Vehikel „Technik“ hinterrücks die Macht ergriffen zu haben scheint: Nicht im Sinne einer politischen Revolution, aber durch eine revolutionierende Verwandlung unserer Lebensstile, durch die Usurpation unserer Vorstellungskraft, durch die Setzung der Grenzmarken unserer Wahlfreiheit. E. F. Schumacher kann nicht nur für sich in Anspruch nehmen, einen „Weltslogan“ für eine neue Befindlichkeit bestimmter Gruppen in den siebziger und achtziger Jahren unseres Jahrhunderts mit seinem „Small is beautiful“ geprägt, sondern auch auf diese „Technologisierung“ unseres Lebens frühzeitig aufmerksam gemacht zu haben. Seine „Rückkehr zum menschlichen Maß“ hat vor allem die technologischen Fragen erörtert, sein „Rat für die Ratlosen“ philosophische Hinweise zum sinn erfüllten Leben gegeben. Das vorliegende Buch

**E. F. Schumacher: Das Ende unserer Epoche. Reden und Aufsätze, Rowohlt-Verlag, Hamburg 1980**

faßt eine Reihe von Vorträgen, in der Mitte der siebziger Jahre in den Vereinigten Staaten gehalten, zusammen; es ist somit nicht zu erwarten, daß sich hier plötzlich jene soziologische Subtilität entfaltet, die schon in den anderen genannten Büchern am Platz gewesen wäre. Die Erwartung, daß Schumacher sein Credo auch in diesem Band sprachgewaltig, anekdotenhaft, in flüssiger Rhetorik, plastisch und verständlich an den Mann und die Frau bringt, wird nicht enttäuscht. Die Industriegesellschaft wird, so meint Schumacher — mit einigen guten Gründen — vorauszu sehen, ein schlimmes Ende nehmen; Marx, das Evangelium und einige weitere Referenten lassen sich dafür benennen, die Neigung, alles immer größer, komplizierter, kapitalintensiver und gewalttätiger zu machen, kann als Begründung dienen. Der Gegenvorschlag: „Laßt euch gefälligt etwas einfallen und macht die Dinge menschlicher.“ Und das bedeutet nach Schumacher und seinen Jüngern: kleinere Betriebe, weniger komplizierte Verfahren, mittlere Technologien; einfache Produkte und Prozesse, die auch in unterentwickelten Ländern herstellbar und

einsetzbar sind, die aber auch den überentwickelten angetragen werden. Ein schlichter Gedanke — vielleicht nur deswegen da und dort ein wenig verwirklicht. Diese Hoffnung bleibt uns.

Manfred Prisching

## Grundsatzprogramme in der Perspektive

Es gibt Bücher, deren Notwendigkeit unbestritten ist; bei dieser je nach Standpunkt lapidaren oder gewagten Aussage muß nicht unbedingt an Kochbücher und Reiseführer gedacht werden; auch die „Delikatesen“ ideologischer Diskussionen und die Exkursionen in die Gefilde grundsätzlicher politischer Auseinandersetzungen mögen dabei ins Auge gefaßt werden. Klaus Berchtold hatte 1967 „Österreichische Parteiprogramme 1868 — 1966“ in einem Band zusammengefaßt; das Handbuch war mittlerweile durch Aktivitäten der Grundsatzprogramm bastler in allen Parteien überholt. Eine neue Zusammenfassung liegt nun vor:

**Albert Kadan und Anton Pelinka: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, Verlag Niederösterreichisches Pressehaus, St. Pölten 1979.**

Nicht nur die gültigen Programme der Parteien (ÖVP 1972, SPÖ 1978, FPÖ 1968 und 1973, KPÖ 1974), sondern auch deren wichtigste Vorläufer sind in diesem Band vereinigt; übersichtliche Absatzziffern und Randverweise im aktuellen Teil machen einen raschen Zugriff auf die zum Vergleich gesuchte Thematik der anderen Parteien möglich. Aber nicht nur die Dokumentation der Polit-Papiere, sondern auch ihrer funktionellen, kooperativen, historischen, inhaltlichen Analyse widmen sich die Autoren. Viel Bekanntes wird dabei kurz wieder einmal referiert, und das ist gut so: die Unterscheidung von Grundsatz- und Aktionsprogrammen, die Außen- und Innenfunktion von Ideologiediskussionen und Parteiprogrammen, die grundsätzlichen inhaltlichen Positionen „links“ und „rechts“ der „Mitte“, die ideologische „Konvergenz“ von „Volksparteien“, das Dilemma von breiter Programmatik für Wechselwähler und Grundsatzverpflichtung für die Getreuen, jenes von kurz- und langfristigem Denken der Politiker, der Einfluß von Programmtraditionen usw. Immer wieder drängt sich dem Leser bei allgemeinen politischen Erörterungen die politische Aktualität auf; etwa wenn die „Sogwirkung der demokratischen Parteienkonkurrenz“ auf den (zurückhaltend formulierten) Nenner gebracht wird: „Wenn diese Partei zu der begründe-

ten Auffassung kommt, bestimmte Aussagen wären für den Wahlsieg günstig, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß eben diese Aussagen gemacht werden.“ Auch Grundsätze werden dem Wahlkalkül unterstellt, werden stimmenmaximierend vermarktet — oder überhaupt beiseite geschoben: Das Erscheinungsbild der Parteien (und der von ihnen requirierten Symbole) „in seiner emotional stärksten Form ist reduziert auf die Idylle des „glücklichen Verbrauchers“, dem von allen Seiten eine „sichere Zukunft“ versprochen wird“. Die unendliche Harmonie auf allen Seiten beruht auf einer Reihe nachweisbarer Konvergenzen von ÖVP und SPÖ: im Demokratie-, Gesellschafts-, Religionsverständnis. Auch wenn die diesbezüglichen grundsatzprogrammatischen Äußerungen letztlich wenig praktische Konsequenzen zeitigen: „Welche Politik die Parteien tatsächlich machen“, so Pelinka, „kann nur sehr indirekt, kann in vielen Fällen überhaupt nicht von den Grundsatzprogrammen abgeleitet werden. Grundsatzprogramme sind nicht Fahrpläne, von denen der Ablauf konkreter Politik abgelesen werden kann. Dennoch sind Grundsatzprogramme wichtig. Alle ihre Funktionen zusammengefaßt, sorgen die Grundsatzprogramme für eine erhöhte Legitimität der Parteien und damit unserer Demokratie.“ Demnach ist auch das besprochene Buch wichtig; als Beitrag zu der vom Wähler zu erarbeitenden Information, inwieweit Schein und Realität einer Partei einander entsprechen.

Manfred Prisching

## **Muß die Jugend aussteigen?**

**Reimar Oltmanns**

**Du hast keine Chance, aber nutze sie  
Eine Jugend steigt aus  
Rowohlt Verlag, Reinbek bei  
Hamburg 1980**

Ein ziemlich gutes, aber erschreckendes Spiegelbild der Situation der deutschen Jugend, ihrer Stellung zur Gesellschaft und vor allem auch der Haltung der etablierten politischen Kräfte ihr gegenüber gibt dieser Report des Journalisten Reimar Oltmanns. Der Autor hat sich offensichtlich eingehend in der deutschen Alternativszene umgesehen und berichtet wirklichkeitsnah aus ihr. Vor allem zeigt er das ganze Dilemma der deutschen Gesellschaft und Politik auf, die durch eine tiefe Polarisierung und ein gegenseitiges Unverständnis zwischen etablierten Kräften und der kritischen Jugend gekennzeichnet ist, es präsentieren sich zwei verschiedene Welten: Kultur und Gegenkultur. Vor allem wird auch deutlich, warum die enttäuschten Hoffnungen, die vor

allem Studenten zur Zeit der Studentenrevolte in Brandts SPD gesetzt haben, in eine derart ablehnende Haltung gegenüber dem Staat umgeschlagen haben. Ein Buch, das uns in Österreich dazu mahnt, das Gespräch mit Alternativ-, Jugend- und Randgruppen nicht abreißen zu lassen, um ähnliche Situationen zu vermeiden.

## **Demagogie um Technik**

**Karl Steinbuch**

**Diese verdammt Technik  
Tatsachen gegen Demagogie  
Herbig-Verlag, München 1980**

Mit einem Großaufgebot von prominenten Autorennamen — wie etwa Theodor Heuss und Albert Speer — versucht Karl Steinbuch gegen die Demagogie gegenüber der Technik zu Felde zu ziehen, wie sie zweifellos in gewissen Alternativgruppen vorherrscht. Viele heikle Fragen von der Atomenergie bis zur Umweltbedrohung durch Chemikalien werden in interessanten Abhandlungen aufgegriffen. Im großen aber herrscht ein Fortschrittsoptimismus vor, der Großtechnologien in Kauf nimmt und selbst auch vor demagogischen Untergriffen nicht haltmacht. Ein Buch jedenfalls, das nicht unbedingt die Kluft von Technikern und ihren Kritikern überwinden hilft.

## **Umstrittene „Meinungstheorie“**

**Elisabeth Noelle-Neumann**

**Die Schweigespirale  
Öffentliche Meinung — unsere  
soziale Haut  
Piper & Co Verlag, München 1980**

Elisabeth Noelle-Neumann macht nicht nur mit präzisen Voraussagen von Wahlergebnissen von sich reden, sondern insbesondere auch durch umstrittene Interpretationen zum Thema öffentliche Meinung. Die Schweigespirale ist so eine, wobei Noelle vor allem behauptet, daß das überwiegend sozial-liberal eingestellte journalistische und technische Personal der Medien, insbesondere des Fernsehens, 1976 wesentlich das deutsche Bundestagswahlergebnis zugunsten von SPD und FDP beeinflusst hat. Eine heftig diskutierte und angezweifelte These, die allerdings nur einen kleinen Teil des Buches ausmacht. Wesentlich weniger umstritten ist eine andere Beobachtung der Meinungsforscherin, nämlich, daß der Bekanntheit der einzelnen Parteianhänger (Tragen von Abzeichen, Aufkleber, Optimismus im Gespräch) einen wichtigen positiven Einfluß auf das Wahlergebnis hat — was auch spiegelverkehrt gilt. Äußerst instruktiv ist Noelles polit-historische Abhandlung über

den Begriff „öffentliche Meinung“ im Laufe der Jahrhunderte, die bis Rousseau und Toulouville zurückgreift.

## **Pragmatische Europaperspektive**

**Werner Weidenfeld**

**Europa 2000**

**Zukunftsfragen der europäischen**

**Einigung**

**Olzog Verlag, Sonderreihe Analysen  
und Perspektiven, Band 3,  
München 1980**

Der junge Mainzer Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld zeigt in diesem knapp gefaßten Taschenbuch prägnant die europäische Problematik auf und entwickelt eine realistische und pragmatische Zukunftsperspektive. Erfrischend ist, daß Weidenfeld das Europaproblem nicht so sehr unter dem Blickwinkel technokratischer Detailfragen, sondern vor allem auch von einem umfassenden — auch zeitphilosophischen — Standpunkt aus betrachtet.

## **Neue Aufgaben für Liberale**

**Ralf Dahrendorf**

**Der Liberalismus und Europa**

**Fragen von Vincenzo Ferrari**

**Piper & Co Verlag, München 1980**

In einem Gespräch mit dem italienischen Journalisten Vincenzo Ferrari formuliert der bekannte deutsche liberale Theoretiker und Direktor der Londoner „School of Economics“, Ralf Dahrendorf, in einer für die praktische politische Orientierung anregenden Pointiertheit, die ihm selbst als Wissenschaftler — wie er im Vorwort schreibt — manchmal suspekt ist. Dahrendorf verweist mehrfach auf die Grundthesen seines Buchs Lebenschancen (siehe Besprechung in „politicum“ 1“). Er macht klar, daß zu den bleibenden Fragen in den letzten Jahren neue Fragen der Gesellschaft gekommen sind, wobei er prinzipiell Optimist ist, was die Zukunft anlangt, wenn er formuliert: „Und wenn das Leben auf dieser Erde einen Sinn hat, dann liegt dieser in der Aufgabe, die Entwicklungsbedingungen des Menschseins zu verbessern“ (S. 39). In diesem Zusammenhang hält er die Dezentralisierung für eine der großen Herausforderungen der Zukunft und plädiert für eine Gesellschaft der Vielfalt. Zentralismus und staatliche Zwangsbeglückung sind für ihn Wesenszüge des Sozialismus, was Dahrendorf zu der Auffassung führt, „daß Sozialisten die Kräfte von gestern sind und daß die Politik von heute und morgen ganz andere Formen wird annehmen müssen“ (Seite 67).



Diese Aussagen werden in dem Interview für die verschiedensten Bereiche von Gesellschaft und Politik variiert und sind insbesondere auch

deshalb auffällig, weil Dahrendorf als einer der geistigen Geburtshelfer des deutschen sozial-liberalen Bildnisses 1969 gilt.

## Liebe Freunde

*Einige Bemerkungen zur ersten Nummer dieser neuen Zeitschrift seien mir gestattet:*

*Einige Leute haben zum Teil bereits jenes Sensorium, das G. SPERL in seinem Beitrag fordert. Der Mut der Redaktion, heutzutage eine Zeitschrift mit den Idealen kritisch, offen und parteilich herauszugeben, zeugt davon. Die (Über-)lebensberechtigung der Zeitschrift wird sich zeigen an der Fähigkeit, die Offenheit gegen die Parteilichkeit zu verteidigen.*

*Nur — in einem Punkt siegt bereits jetzt in einer beinahe beängstigend typischen Weise die (volks-)parteiliche Einstellung — in puncto Frauen. Daß gleich in der Eröffnungsnummer eine Frau zu Wort kommen würde, war nicht zu erwarten. Aber auch in den geplanten Nummern entdecke ich keinen Hoffnungsschimmer. Hoffentlich gibt es auch im ÖVP-(Um-)Kreis einige Leute, die darüber nachdenken, was andere bereits seit einiger Zeit mit mehr oder weniger Geist vordenken. Denn nur wenn auch frauliche Betrachtungsweisen miteinbezogen werden, kann jenes Spektrum an Meinungen erreicht werden, welches eine kritische (auch selbstkritische) Zeitschrift von sich fordern muß.*

*Mit freundschaftlichen Grüßen*

*Claus Albertani*

43

Dieser erste Leserbrief soll zugleich Ermutung zu weiteren kritischen oder auch zustimmenden Äußerungen unserer Leserschaft sein.

# Als Abonnenten begrüßen wir:

Ing. Hans ALFONS, Hartberg  
 Ing. Erich AMERIK, Graz  
 Dr. Gabriele ABESSER, Graz  
 Franz AUTISCHER, St. Lorenzen/M.  
 General Albert BACH, Graz  
 Dr. Alois BAUMANN, Graz  
 Stadtrat Dipl.-Ing. Oskar BEER, Graz  
 Benediktinerstift Admont  
 Bildungsinstitut f. Sozial- und Wirtschaftskunde,  
 Linz  
 Bischöfliches Seminar, Graz  
 Bischöfliches Ordinariat, Graz  
 Rudolf BLODER jun., Ilz  
 Dr. Herwig BRANDSTETTER, Graz  
 Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER, Graz  
 Caritas d. Diözese Graz-Seckau, Graz  
 Leopold CERNY, Laxenburg  
 Prof. Heinrich CHARAU, Graz  
 Dipl.-Ing. Gert CLODI, Graz  
 Mag. pharm. Dr. CORDES-POPOVIC, Graz  
 Detektivbüro Graz  
 OStR. Prof. Dr. DEIMBACHER, Graz  
 Dr. Wolfgang DICCOH, Graz  
 Dipl.-Ing. DOMWEBER, Fürstenfeld  
 Gen.-Dir. Dr. Georg DOPPELHOFFER, Graz  
 Johann DREXLER, Pilsfeld/Bgd.  
 Dipl.-Ing. Dieter EIGNER, Graz  
 Herbert EGGER, Kleinobming  
 GR. Dipl.-Ing. Enrico EUSTACCIO, Graz  
 Hotel Erzherrzog Johann, Graz  
 Anton FALZBERGER, Mürzzuschlag  
 GR. Peter FAUSTER, Graz  
 Dipl.-Ing. FENEBERG, Graz  
 Univ.-Prof. Dr. Günther FETTMEIER,  
 Soblen  
 FLEISCHHACKER, Graz  
 Ernst FINK, Feldbach  
 Maria FRANIA, Feldkirchen  
 Hermann FREISMUTH, Murau  
 Dipl.-Ing. Karl FRIEDL, Graz  
 Dr. Martin GADERER, Graz  
 DR. Karl GASTGEGER, Graz  
 Univ.-Prof. Dr. Norbert GEYER, Graz  
 Dr. Hermann GEISLER, Mixnitz/Mur  
 Dr. Ottokar GERNIGROSS, Graz  
 Dipl.-Ing. Leonhard GEISSMANN, Graz  
 Dipl.-Ing. GLAWISCHNIG, Liezen  
 Albin GÖLKER, Gröbming  
 Dr. Ewald GOSCHNIG, Gleichenberg  
 OStR. Prof. Dipl.-Ing. Titus GRUBER,  
 Isfing  
 Josef GSCHIEL, Graz  
 Dr. Max GUTSCHREIDER, Leoben  
 Roman GUSEL, Graz  
 Dr. Hans GÜTEL, Graz  
 Oskar HABERLANDT, Graz  
 NRBg. Dr. Hans HAFNER, Graz  
 Ing. Peter HAEGGER, Kapfenberg  
 Wilfried HAIDACHER, Graz  
 Walter HALLING, Kapfenberg  
 Dr. Albert HAMMER, Graz  
 MR. Dr. Helmut HAMMER, Graz  
 Hofrat Dr. Karl HAMMER, Hartberg  
 Meinrad HAMDSTANGER, Graz  
 Prim. Dr. med. Karl HARNONCOURT, Graz  
 Univ.-Prof. Dr. Philipp HARNONCOURT,  
 Graz  
 NRBg. a. D. Adolf HARWALIK, Graz  
 Bezirksvorsteher Othmar HAIDER, Graz  
 Dipl.-Ing. Günther HASEWEND, Graz  
 Vzbmg. Dipl.-Ing. Franz HASIBA, Graz  
 Prof. Mag. phil. Günther HASIPETER, Stainach  
 Dr. Hans HEGENBARTH, Graz  
 Dipl.-Ing. Heiner HERZOG, Graz  
 Gerhard HERTLICH, Heimschuch  
 Franz HILBERGER, Fehring  
 Arch. Dipl.-Ing. Erich HILLBRAND, Graz  
 Dr. Siegfried HILLECKER, Graz  
 Arch. Dipl.-Ing. HOLUB, Graz  
 Arch. Dipl.-Ing. Helmut HOFFMANN, Graz  
 Bundesrat Otto HOFMANN-WELLENHOF,  
 Graz  
 WINTER-HOLZINGER, Graz  
 H. Martin HOFF, Graz  
 Dir. Richard HOHNERLEIN, Groß St. Florian  
 Präsi. Comm. Dr. Ernst HOLLER, Graz  
 Dr. Alfred HÖBLE, Graz  
 Günther HUBWIESER, Graz  
 HUBNER ANIC, Debach, Graz  
 Dipl.-Ing. HUMMITSCH, Graz  
 Marktgemeinde ILZ, Fürstenfeld  
 Bibiane JANDA, Judenburg  
 Dr. Markus JAROSCHKA, Graz  
 Junge ÖVP Waltendorf, Graz

Hofrat Dr. Monsignore Wilhelm KAHLBACHER,  
 Graz  
 Julia KAINZER, Kapfenberg  
 Ing. KAIPER, Graz  
 Dr. J. KALTENEGER, Streitgarn  
 Dir. Dipl.-Ing. Othmar KAMMERHOFER, Leoben  
 Abtg. Dir.-Stv. Richard KANDUTH, Admont  
 Anton KANDLHOFFER, Pöllau  
 Prof. Franz M. KAPFHAMMER, Graz  
 Peter KAPFER, Graz  
 Dr. Elrnz KEIFL, Graz  
 Dir. Rudolf KELLERMAYER, Graz  
 Wilhelm-Rainer KERN, Feldkirchen  
 Dieter KIEGLE, Graz  
 Hans KINSKY, St. Ruprecht/Raab  
 Leopold KNITTELFELDER, Graz  
 Dr. Peter KÖRP, Graz  
 Dipl.-Ing. Dr. Hans KOTTILINSKY, Neudau  
 Dr. Peter KÖREN, Graz  
 Rosa KOWALD, Neustersberg  
 Dr. Gabriele KÖSSLER, Linz  
 Karl KLUGER, Graz  
 Bgm. Anton KÖBER, Pischelsdorf  
 Magdalena KRAMER, Graz  
 Arch. Mag. Ing. August KREMNITZER, Hartberg  
 ORR. Dr. K. KRANICH, Graz  
 Landesrat Dr. Josef KRÄNER, Graz  
 Dipl.-Ing. Dr. KRIBERNEGG, Graz  
 Prof. Dr. Karl KUBINZKY, Graz  
 Dipl.-Ing. Dr. techn. Richard KUNG, Graz  
 NRBg. Karl LAFER, Rohr  
 Dr. Dora LAUFER, Graz  
 Maria LAUTNER, Rottenegg  
 Prof. Dr. Engelbert LACKNER, Graz  
 Lebenshilfe, Graz  
 Ing. Roman LEITGEB, Graz  
 Univ.-Prof. Dr. Karl LECHNER, Graz  
 Mag. Fritz LENGGER, Graz  
 Semriacher Berichte, Semriach  
 Ing. Johann LÖCKER, Hausmannstätten  
 Sägewerk LUSSMANN, Gams b. Hieflau  
 Dir. Dr. Gerold LANG, Graz  
 Johann LEBEGG, Kroißbach/KN.  
 Gemeinde LÖDERSDORF, Feldbach  
 Dr. med. Adalbert LUBETZ, Leibnitz  
 Mag. Otto MAERTENS, Graz  
 Dr. Karl MAIER, Knittelfeld  
 Johannes MARBOCK, Graz  
 Dipl.-Ing. W. MARACHER, Graz  
 Dr. Adolf MATZNER, St. Martin  
 Josef MATZER, Lohngraben  
 Dir. Mag. Helmut MAYER, Fürstenfeld  
 Arch. Dipl.-Ing. Jörg MAYR, Graz  
 Karl MAYER-OBUT, Aigen  
 OStR. Mag. Matthias MAYER, Judenburg  
 Bgm. Ing. Erich MEINX, Trautenfels  
 Hofrat Mag. Gerhard MEZLER, Graz  
 Univ.-Prof. Dr. Helmut MEZLER-ANDELBURG,  
 Graz  
 Univ.-Prof. Dr. Hermann MITTELBURGER, Graz  
 Dir. Ing. Hans MORITZ, Kapfenberg  
 Franz MORITZ, Graz  
 Dir. F. MOSHAMMER, Liezen  
 Hofrat Prof. Dr. Eduard MOSER, Graz  
 Johann NEUHOLD, Unterpemstetten  
 Gertraud NEUREITER, Graz  
 Hofrat Dr. Erich NOPP, Graz  
 Dr. Jan OHMS, Graz  
 ÖVP-Bezirksparteileitung Graz-Mariatrost, Graz  
 ÖVP-Hauptbezirksparteileitung, Fürstenfeld  
 ÖVP-St. Peter/Freienstein  
 ÖVP-Stadtparteileitung, Mürzzuschlag  
 Österr. Wohnbaugemeinschaft, Graz  
 Ferdinand PACHERNEGG, Schlading  
 Dipl.-Ing. Herbert PAIERL, Graz  
 Dir. i. R. Dr. Franz PAIL, Graz  
 Stadtrat Dr. Heinz PAMMER, Graz  
 Wolfgang PANNOLD, Graz  
 Bildungszentrum PANNONIAHAUS, Loipersdorf  
 Pädagogische Akademie d. Diözese Graz-Seckau,  
 Graz  
 Dr. Arthur PASQUALI, Graz  
 Rudolf PAVLICEK, Grambach  
 Ing. Adolf PELLISCHEK, Feldkirchen  
 Johann PENDL, Spar-Markt, Bad Radkersburg  
 Labg. Dr. Friedrich PFOHL, Graz  
 Kaufhaus Ges.m.b.H. PITZER, St. Georgen  
 Dr. Rudolf PIERER, Graz  
 Franz PICHLER, Deutschlandsberg  
 Dipl.-Ing. PLANK, Graz  
 Josef PLANK, Obblarn  
 Dipl.-Ing. Dr. Hugo POINTNER, Graz  
 Emmerich PODHOVNIK, Graz  
 Politische Akademie der ÖVP, Wien

Prof. Josef POLLAK, Stainach  
 Karl POLZ, Graz  
 Hofrat Dr. Fritz POPPMEIER, Graz  
 Dr. med. Anna POPOVIC, Graz  
 Josef PREGARTNER, W.  
 Dipl.-Ing. Werner PUFF, Graz  
 Dr. Alois PUNTINGAM, Graz  
 Dipl.-Ing. Max PUMPERNIG, Wien  
 BR. Herbert PUMPERNIG, Graz  
 Reinhold PURR, Gr. St. Florian  
 Edwin RAINER, Graz  
 Karl REINISCH, Graz  
 Peter RIESER, Obdach  
 Mag. Werner RINNER, Graz  
 Labg. Hermann RITZINGER, Neumarkt  
 Erich ROBNIK, Graz  
 Dipl.-Ing. Robert ROSSIN, Graz  
 Prof. Frieda RUCKGABER, Leoben  
 Winkl. Hofrat Dr. Manfred RUPPRECHT, Graz  
 Prof. SAFRANEK, Feldbach  
 Dr. Alois SATTLER, Graz  
 Dr. Peter SOMMERSGUTER, Hartberg  
 Josefa SOTILL, Kapfenberg  
 Dr. Karl SOMMER, Graz  
 Franz SCHÄFER, Graz  
 Dir. Dr. Erich SCHELLANDER, Graz  
 Dr. Ludwig SCHERER, Graz  
 Dr. Hans SCHMEISER, St. Stefan i. Rosental  
 Dipl.-Ing. SCHNEIDER-MANN-AS, Graz  
 Liselotte SCHIFFNER, Graz  
 Dr. Hans SCHIFKO, Murau  
 Komm.-Rat Hans SCHIMAUTZ, Graz  
 Dipl.-Ing. Johann SCHMIDT, Feldbach  
 Prim. Dr. René SCHMID, Knittelfeld  
 Hannelore SCHNIEDLER, Rottenmann  
 Prim. DDr. SCHILL, Graz  
 Dr. Elisabeth SCHMITZ, Wien  
 Jürgen SCHMIDT, Knittelfeld  
 Dr. Werner SCHMÖLZER, Bruck  
 Dr. Franz SCHRANK, Graz  
 St. D. Fürst zu SCHWARZENBERG, Wien  
 Reinhard SCHWARZENBERGER,  
 Attendorfberg  
 Dr. Ferdinand SCHWARZ, Straß  
 Dir. Ludwig SCHWARZ, Graz  
 Prof. Herbert SCHWETZ, Graz  
 Karl SCHWEIGHOFER, Graz  
 Maria SCHWEIGHOFER, Alteritz  
 Dr. K. SCHWER, Gams  
 Helmut SCHÜTZ, Bad Radkersburg  
 Dr. G. SPERL, Leoben  
 Friedrich STANGL, Lassing  
 Dieter STARKA, Graz  
 Dr. Reinhard STANZEL, Graz  
 Reg.-Rat. Johann STÄFLER, Graz  
 Oberst i. R. Ing. Herbert STEFFL, Graz  
 Steirische Wasserkraft u. Elektrizitäts AG, Graz  
 Dipl.-Ing. Reinhold STÖCKLER,  
 St. Paul i. Lav.  
 GR Dipl.-Ing. Helmut STROBL, Graz  
 Mag. Dagmar STROHMAYER, Fehring  
 Othmar TAÜSCHMANN, Graz  
 Heinrich THOMANEK, Graz  
 Simon TIEFFENRUBER, Möderbrugg  
 Dr. Hans THEUSCHER, Graz  
 Josef THEUSSL, Swanberg  
 Univ.-Prof. Dr. Günther TICHY, Graz  
 Ing. Max TREIBER, Graz  
 Karl TRISCHLER, Wien  
 Johann TROST, Mooskirchen  
 Rupert TRUMMER, Kainbach  
 NRBg. Karl URL, Kapfenberg  
 Wolfgang URASCH, Graz  
 Franz UTTENHALER, Graz  
 Dr. Eduard VIOTSCHNIG, Graz  
 Volksschule Mixnitz, Mixnitz  
 David WAGENHOFER, Gleisdorf  
 Günther WALDORF, Graz  
 Egon WALT, Graz  
 Ing. Andreas WASTL, Graz  
 Med.-Rat DDr. WATZINGER, Graz  
 Univ.-Doz. Dr. Kurt WEINKE, Graz  
 DDr. Alfred WEIZENDORF, Leoben  
 Dr. Leopold WIESMAYER, Graz  
 Norbert WINKLMAIER, Graz  
 Mag. Robert WINTER, Graz  
 Wolfgang WRATISCHGO, Gleisdorf  
 Dr. Ernst WÜSTINGER, Graz  
 Dipl.-Ing. Karl ZANKL, Thel  
 Prof. Dr. Georg ZECHNER, Graz  
 Konrad ZEILER, Niederblarn  
 Dkfm. Othmar ZAGA, Graz  
 Robert ZÖHRER, Graz  
 Charlotte ZUSSNER, Graz

Wir danken herzlich für die großzügigen Spenden.